

3. Sitzung

Mittwoch, 12. November 1997

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin		Ruhen des Mandats	67 B
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	65 A	(Krista Sager, Dr. Willfried Maier, Alexander Porschke, alle GAL)	
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Nachrücken von Abgeordneten	67 B
Wahl eines Ersten Bürgermeisters — Drs 16/62 —	65 A	(Dr. Martin Schmidt, Julia Koppke, Axel Bühler, alle GAL)	
Ergebnis	65 C		
Antrag des Ersten Bürgermeisters:		Schreiben des Ersten Bürgermeisters:	
Bestätigung der Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren — Drs 16/63 —	65 D	Geschäftsverteilung des Senats	67 C
Ergebnis	66 B	Regierungserklärung des Senats	67 D
Begrüßung einer Parlamentarier-Delegation aus dem Königreich Lesotho	67 A	Ortwin Runde, Erster Bürgermeister	68 A
Ausscheiden aus dem Senat und Wiederaufleben des Mandats (Dr. Leonhard Hajen SPD)	67 A	Besprechung	73 B
Ausscheiden einer Abgeordneten (Helga Weise SPD)	67 B	Ole von Beust CDU	73 B
Dank an ehemalige Senatsmitglieder (Dr. Erhard Rittershaus, Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Dr. Fritz Vahrenholt)	67 B	Elisabeth Kiausch SPD	79 C
		Dr. Martin Schmidt GAL	82 B
		Ortwin Runde, Erster Bürgermeister	84 C
		Dr. Roland Salchow CDU	86 A
		Jan Ehlers SPD	89 D
		Antje Möller GAL	91 B
		Bernd Reinert CDU	92 B

Senatsmitteilung:

**Feststellung des Senats über das
Zustandekommen von Volksinitiativen**

— Drs 16/32 —

Beschluß

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

— Drs 16/40 —

93 D

94 A

Beschluß

94 A

94 A

A Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur Bürgerschaftssitzung. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir haben auch heute Geburtstagskinder unter uns. Zum einen gilt die Gratulation des ganzen Hauses Herrn Dr. Martin Schäfer. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das zweite Geburtstagskind hat sich in eine Senatsloge begeben. Wir gratulieren Frau Rosemarie Raab recht herzlich zum heutigen Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat ist die Tagesordnung ergänzt worden um die Punkte 0.1 — Wahl eines Ersten Bürgermeisters —, 0.2 — Bestätigung von Senatorinnen und Senatoren —, 0.3 — Regierungserklärung —.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Die Betonung liegt auf Null!)

Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 0.1: Wahl eines Ersten Bürgermeisters.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Wahl eines Ersten Bürgermeisters
— Drucksache 16/62 —]**

Vorgeschlagen ist Herr Ortwin Runde. Da das Senatsgesetz in seinem Paragraphen 2 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, daß Frau Rudolph, Frau Pawlowski und Frau Vogel abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Wilhelm den Stimmzettel mit einem Wahlumschlag entgegenzunehmen. Der Stimmzettel enthält drei Felder, und zwar je ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Stimmenthaltungen. Ich bitte, den Stimmzettel mit einem Kreuz zu versehen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig; auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Mit dem Stimmzettel gehen Sie dann bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung vor. Nach der Wahlhandlung stecken Sie bitte den Stimmzettel in den Wahlumschlag und begeben sich zu Herrn Witte, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Umschlag in die Wahlurne.

Ich bitte nun Frau Rudolph, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und damit die Stimmabgabe geschlossen ist. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen und bitte nun, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.27 Uhr

Wiederbeginn: 15.38 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Es sind 121 C
Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 121 Stim-
zettel gültig. Von den gültigen Stimmen waren 74 Ja-Stim-
men, 45 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Nach Artikel 34 der Hamburgischen Verfassung ist für die Wahl des Ersten Bürgermeisters die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 61 Ja-Stimmen. Herr Runde hat 74 Stimmen erhalten und ist damit zum Ersten Bürgermeister gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

(Beifall bei der SPD und der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Herr Runde, ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Ortwin Runde: Ich nehme die Wahl an!)

Herr Runde hat erklärt, daß er die Wahl annimmt, und wir kommen dann zur Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

„Ich schwöre, daß ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachzusprechen. D

Ortwin Runde: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Sie haben damit den vor der Bürgerschaft erforderlichen Eid geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und Erfolg im Interesse aller Menschen in unserer Stadt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD und der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft jetzt unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn unserer Sitzung durch ein akustisches Zeichen aufmerksam machen. — Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 15.42 Uhr

Wiederbeginn: 16.03 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 0.2 auf, Antrag des Ersten Bürgermeisters zur Bestätigung der von ihm berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:
Bestätigung der vom Ersten Bürgermeister**

(Präsidentin Ute Pape)

A berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren — Drucksache 16/63 —]

Hierzu ist mir ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Ihnen ist es in Gestalt der Drucksache 16/63 ebenfalls verteilt worden, und es enthält die Namen der berufenen Senatorinnen und Senatoren.

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Aber Herr Runde kann es auch alleine machen! Das ist viel billiger!)

— Es wird verteilt. Dann warten wir noch einen Moment, bis es verteilt ist.

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Vereinbarungsgemäß findet diese Abstimmung in Kabinen statt. Wir verfahren im Prinzip so wie eben, aber ich lese es natürlich noch einmal vor. Wir verfahren so, daß Frau Rudolph, Frau Pawlowski und Frau Vogel abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und von Herrn Wilhelm den Abstimmungszettel mit einem Umschlag entgegenzunehmen. Auf dem Zettel sind alle Namen der vom Ersten Bürgermeister Berufenen aufgeführt.

Artikel 34 Absatz 2 der Verfassung schreibt eine gemeinsame Bestätigung durch die Bürgerschaft vor. Insofern enthält der Zettel auch nur eine Zeile mit je einem Feld für die Ja-Stimme, die Nein-Stimme und für die Stimmenthaltung. Sie dürfen nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Zettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der Kabinen und nehmen Ihre Abstimmung vor. Danach stecken Sie bitte den Zettel in den Umschlag und begeben sich zu Herrn Witte, der bei der Urne stehen wird. Stecken Sie dann bitte Ihren Umschlag in die Urne. Ich bitte nun Frau Rudolph, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)

Ist ein Mitglied dieses Hauses nicht aufgerufen worden? — Ich stelle fest, daß alle Abgeordneten aufgerufen worden sind und damit die Abstimmung beendet ist. Ich bitte nun, das Abstimmungsergebnis zu ermitteln. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen. Aber bedenken Sie, das geht schneller als früher.

Unterbrechung: 16.29 Uhr

Wiederbeginn: 16.37 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es wurden 121 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 120 Stimmzettel gültig und 1 Stimmzettel ungültig.

Mit Ja haben 72 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 45 Abgeordnete gestimmt, es gab 3 Stimmenthaltungen.

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich; diese ist erreicht.

Ich bitte nun die Damen und Herren zukünftige Senatorinnen und Senatoren, auf den freien Platz vor dem Redepult zu kommen.

Wir kommen nunmehr zur Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor:

„Ich schwöre, daß ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will.“

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand nacheinander die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ einzeln nachzusprechen.

Frau Helgrit Fischer-Menzel.

Helgrit Fischer-Menzel: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Dr. Willfried Maier.

Dr. Willfried Maier: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Dr. Thomas Mirow.

Dr. Thomas Mirow: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel.

Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit.

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Herr Alexander Porschke.

Alexander Porschke: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Rosemarie Raab.

Rosemarie Raab: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Krista Sager.

Krista Sager: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Herr Eugen Wagner.

Eugen Wagner: Ich schwöre es.

Präsidentin Ute Pape: Frau Dr. Christina Weiss.

Dr. Christina Weiss: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Ute Pape: Herr Hartmuth Wrocklage.

Hartmuth Wrocklage: Ich schwöre es.

C

D

A **Präsidentin Ute Pape:** Sie haben damit alle den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich allen Senatorinnen und Senatoren eine glückliche Hand bei der Amtsführung und Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Alles Gute!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 16.40 Uhr

Wiederbeginn: 17.09 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute Gäste, Parlamentarier aus dem Königreich Lesotho.

Dear colleagues from the Kingdom of Lesotho, I say you again a very warm welcome to Hamburg in the name of the Bürgerschaft of the Free and Hanseatic City of Hamburg. We wish you all the best for your elections next year and all the best to your young democracy.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann möchte ich Ihnen mitteilen, daß Herr Professor Hajen von seinem Recht Gebrauch macht, das während seiner Amtszeit als Senator ruhende Bürgerschaftsmandat nunmehr auszuüben. Ich begrüße Herrn Professor Hajen wieder in unseren Reihen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

B Herr Professor Hajen gehörte diesem Hause bereits von 1982 bis 1991 an, davon die letzten vier Jahre als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1991 wurde er in den Senat gewählt und bekleidete das Amt des Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung. Für Ihre Tätigkeit als Senator möchte ich Ihnen im Namen des Hauses Dank sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wegen der Aufnahme des Mandats durch Herrn Professor Hajen ist jetzt Frau Helga Weise aus der Bürgerschaft ausgeschieden. Frau Weise gehörte diesem Hause seit 1992 an und war in mehreren Ausschüssen und Kommissionen tätig, davon im Rechtsausschuß als Schriftführerin. Ich möchte Frau Weise für ihre geleistete Arbeit im Namen des Hauses danken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aus dem Senat ausgeschieden sind Herr Zweiter Bürgermeister Professor Rittershaus, Herr Senator Professor Wolfgang Hoffmann-Riem und Herr Senator Dr. Fritz Vahrenholt. Ihnen allen spreche ich im Namen des ganzen Hauses unseren Dank aus für Ihr Wirken im Senat für die Freie und Hansestadt Hamburg. Ich wünsche allen für Ihren weiteren Lebensweg viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für die in den Senat berufenen bisherigen Mitglieder dieses Hauses — das sind Frau Krista Sager, Herr Dr. Willfried Maier und Herr Alexander Porschke — ruhen die Bürgerschaftsmandate während der Amtszeit als Senatorin beziehungsweise als Senatoren.

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters üben die auf der Liste der GAL folgenden Bewerber nunmehr ihre Mandate

aus. Das sind Herr Dr. Martin Schmidt, Frau Julia Koppke und Herr Axel Bühler, die ich hiermit sehr herzlich in unserer Mitte ab sofort begrüße. C

(Beifall bei allen Fraktionen)

Weiterhin ist mir eben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen, das folgenden Wortlaut hat, den ich Ihnen vorlese:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit teile ich Ihnen mit, daß der neue Senat in seiner ersten Sitzung die anliegende Geschäftsverteilung beschlossen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Ortwin Runde
Erster Bürgermeister“

„Geschäftsverteilung des Senats vom 12. November 1997

Senatskanzlei	Erster Bürgermeister Ortwin Runde
Europa- und Entwicklungszusammenarbeit Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund Bevollmächtigter	Senator Dr. Willfried Maier
Staatsarchiv	Senator Dr. Willfried Maier
Personalamt	Senator Hartmuth Wrocklage
Senatsamt für Bezirksangelegenheiten	Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit
Senatsamt für die Gleichstellung	Zweite Bürgermeisterin Krista Sager
Justizbehörde	Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung	Senatorin Rosemarie Raab
Behörde für Wissenschaft und Forschung	Zweite Bürgermeisterin Krista Sager
Kulturbehörde	Senatorin Dr. Christina Weiss
Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Senatorin Helgrit Fischer-Menzel
Stadtentwicklungsbehörde	Senator Dr. Willfried Maier
Baubehörde	Senator Eugen Wagner
Wirtschaftsbehörde	Senator Dr. Thomas Mirow
Behörde für Inneres	Senator Hartmuth Wrocklage
Umweltbehörde	Senator Alexander Porschke
Finanzbehörde	Senatorin Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel“

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 0.2 abgeschlossen und kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 0.3:

Regierungserklärung

(Präsidentin Ute Pape)

- A Meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats beabsichtigt, eine Regierungserklärung abzugeben. Das Wort hat Herr Erster Bürgermeister Ortwin Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich recht herzlich bei all denjenigen bedanken, die mit ihrer Zustimmung mir und meinem Senat das Vertrauen ausgesprochen haben. Ich möchte all denjenigen, die das diesmal noch nicht konnten, eine gute Zusammenarbeit anbieten.

(*Ole von Beust CDU:* Das „noch“ war verfrüht! — *Dr. Michael Freytag CDU:* Das „noch“ war absichtlich!)

— Wir wußten nach der Wahl nicht von vornherein, wie das aussehen würde. Es hätte auch andersherum sein können.

Vor gut sieben Wochen haben die Hamburgerinnen und Hamburger über die Zusammensetzung der neuen Bürgerschaft entschieden. Die SPD hat trotz erlittener Verluste den Auftrag zur Führung des Senats an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert bekommen. Zum Regieren braucht sie aber einen Partner.

Gleichwohl, der Blick ins Bürgerschaftsplenum zeigt nur einen Teil des Ergebnisses vom 21. September. Fast die Hälfte aller Wahlberechtigten haben keiner der hier vertretenen Parteien ihre Stimme gegeben. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil gerade bei gut 20 Prozent. Und wieder konnten die rechtsextremen Parteien beinahe 70 000 Stimmen auf sich vereinigen. Bis zuletzt haben sie einen aggressiven und aufwendigen Wahlkampf geführt. Trotzdem haben sie es nicht geschafft. Das ist auch auf das entschlossene

- B Engagement von Kirchen, Gewerkschaften und anderen überzeugten und überzeugenden Demokraten in unserer Gesellschaft zurückzuführen. Dafür meinen aufrichtigen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dieses unsichtbare Wahlergebnis ist Ausdruck existentieller Verunsicherung vieler Bürgerinnen und Bürger. Die Ursachen sind offenkundig: Arbeitslosigkeit, Mangel an Lehrstellen, fortschreitende soziale Spaltung, Zunahme von Gewaltdelikten unter Jugendlichen, Zeichen äußerlicher Verwahrlosung von Teilen der Stadt und die Gefährdung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz)

Das Vertrauen vieler Menschen in die Fähigkeit der Politik, diese grundlegenden Probleme zu lösen, ist erschüttert. Die Politiker, so sagen sie, spielen nur Theater. So schlägt Verunsicherung in Ärger, Resignation und Protest um.

Die existentielle Verunsicherung fordert Antworten durch politisches Handeln. Wir müssen alle gemeinsam auch über die Art und Weise nachdenken, in der wir Politik gestalten, und versuchen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Die Sondierungsgespräche der SPD mit CDU und GAL im Vorfeld der Senatsbildung waren dafür ein guter Anfang.

Die Hamburger SPD hat diese Gespräche mit beiden möglichen Partnern ernsthaft und ohne Vorfestlegung geführt. Eine große Koalition — hierin waren sich SPD und CDU einig — darf nur die Ausnahme sein. Die Lähmung der Bonner Politik, die Zerrüttung der Staatsfinanzen und die Mas-

senarbeitslosigkeit schränken die politische Handlungsfähigkeit Hamburgs ein und könnten eine solche Ausnahme rechtfertigen.

Hätte es eine realistische Chance gegeben, durch eine große Koalition von SPD und CDU in Hamburg als Katalysator, die Erstarrung der Bonner Politik in wichtigen Bereichen aufzulösen — zum Beispiel bei der Senkung der Lohnnebenkosten, der Steuerreform und der für den Stadtstaat wichtigen Zerlegung der Lohnsteuer —, dann wäre die Hamburger SPD zu einer solchen Koalition bereit gewesen. Eine solche Chance hat sich nicht eröffnet. Dennoch gab es Übereinstimmungen in wichtigen Sachfragen. Das Gespräch war offen und fair. Hieran sollten wir anknüpfen und unabhängig von Regierungsverantwortung konstruktiv zum Wohle der Stadt zusammenarbeiten.

Im Sondierungsgespräch mit der GAL hat sich gezeigt, daß eine tragfähige Grundlage für gemeinsame Regierungspolitik geschaffen werden könnte. Deshalb hat sich die SPD für die politische Normalität, die kleine Koalition, entschieden.

Ablauf und Inhalt der anschließenden Koalitionsverhandlungen sind in der Hamburger Presse zutreffend beschrieben worden — ich zitiere —:

„Die beiden Parteien haben auf Rituale verzichtet und sich konsequent an den für die Stadt wichtigen Themen orientiert. Das zeigt, daß sie die Botschaft der Wähler verstanden haben, die des Parteiengesperres überdrüssig sind und nach entscheidungsfähigen Regierungen verlangen.“

In der Tat haben SPD und GAL zügig, sachbezogen und konzentriert alle anstehenden Fragen beraten und geklärt. Alle Konflikte sind auf den Tisch gekommen, nichts wurde ausgeklammert, nichts unter den Teppich gekehrt. Die für die Zukunft der Stadt notwendigen Vereinbarungen wurden sämtlich getroffen, Punkt für Punkt.

Diese ergebnisorientierte Herangehensweise der Verhandlungskommissionen ist zwischenzeitlich von Beobachtern als Wettbewerb im Krötenschlucken dargestellt worden. Weiter kann man nicht neben der Sache liegen.

Natürlich waren Kompromisse notwendig, Zugeständnisse auf beiden Seiten. Wo Kompromisse keinen Sinn machten, haben wir uns aber nicht auf den bequemen Weg lauwärmer Halbherzigkeiten in jeder einzelnen umstrittenen Frage begeben, sondern statt dessen einen Ausgleich im bereichsübergreifenden Geben und Nehmen gefunden. Auf diese Weise ist trotz unterschiedlicher Grundpositionen in Einzelbereichen die volle Handlungsfähigkeit des neuen Senats auf allen politischen Themenfeldern gewährleistet. Seine Identität mußte dafür keiner der Verhandlungspartner aufgeben.

Durch die Art dieser Koalitionsverhandlungen hat sich die politische Kultur in unserer Stadt ein Stück weit verändert. Als Außenhandelsmetropole und Wirtschaftsstandort hat Hamburg eine jahrhundertelange Tradition im internationalen Wettbewerb. Wir können uns den wirtschaftlichen Veränderungen im Zeichen der Globalisierung nicht entziehen — im Gegenteil: Den damit verbundenen wirtschaftlichen Strukturwandel müssen wir fördern und nicht abbremsen.

Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, daß diejenigen nicht allein gelassen werden, die dabei ihren Arbeitsplatz verlie-

C

D

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A ren, deren Lebensplan sich grundlegend verändert, die mit den neuen Anforderungen und Qualifikationen, Mobilität und Flexibilität, nicht mehr aus eigener Kraft Schritt halten können. Der arbeitslose Industriearbeiter, dessen Betrieb dichtgemacht hat, die einfache Angestellte, deren Arbeitsplatz wegrationalisiert wurde, die Schulabgängerin, die keinen Ausbildungsplatz findet — sie alle dürfen nicht zum Opfer der Modernisierung werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Um den notwendigen Strukturwandel gestalten zu können, brauchen wir Innovation, Effizienz und Solidarität:

Innovation in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, um die Stadt zukunftsfähig zu erhalten; Effizienz, um aus jeder ausgegebenen Mark mehr Ergebnisse für die Menschen zu erzielen; Solidarität, um bei diesem Modernisierungsprozeß niemanden zurückzulassen.

Die Folgen des Strukturwandels werden auf unterschiedliche Weise erfahrbar in den Stadtteilen: in den Quartieren, die durch eine neue Urbanität geprägt sind, in denen sich neue Lebensformen als stabile Größe etabliert haben, aber auch in den traditionellen Vierteln der kleinen Leute und in den benachteiligten Stadtteilen.

Um eine weitere Spaltung der Stadt zu verhindern, müssen wir eine quartiersbezogene Politik entwickeln. Dazu müssen wir auch die fachpolitischen Gräben, die sich aus einer arbeitsteiligen Verwaltung leicht ergeben, überwinden.

Vernetzt und quartiersbezogen, das soll ein Markenzeichen für rotgrüne Politik in Hamburg sein.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

So wollen SPD und GAL die zentralen Themen der Stadt anpacken: die lokale Wirtschaft fördern, Arbeit und Ausbildung für Jugendliche und Jungerwachsene schaffen, Jugendkriminalität bekämpfen, Stadtentwicklung sozial gestalten.

Unser Leitbild ist nicht ein magersüchtiger Staat. Der moderne Staat, den wir brauchen, ist vielmehr gut organisiert, dienstleistungsorientiert und durchsetzungsstark.

Sehr bewußt haben wir in der Koalitionsvereinbarung den Abschnitt „Haushalt und Finanzen“ allen anderen Abschnitten vorangestellt. Darin ist festgelegt, daß der Konsolidierungskurs fortgesetzt wird und neue oder veränderte Maßnahmen nur durch Finanzierung aus dem Bestand, also Umschichtung oder Effizienzsteigerung, möglich sind. Insgesamt gilt: Die Finanzierbarkeit und nicht die Wünschbarkeit ist der Maßstab des Machbaren.

Das finanzpolitische Ziel, das wir uns für diese Legislaturperiode gesetzt haben, ist ein ausgeglichener Betriebshaushalt. Dies ist nur durch harte Konsolidierungsmaßnahmen zu erreichen. Angesichts des Ausmaßes der Finanzkrise sind dabei schmerzhaft und für den Bürger spürbare Einschnitte unvermeidbar. Es geht aber auch darum, Effizienzsteigerungen zu bewirken und Synergieeffekte zu nutzen. Das macht gleichzeitig deutlich, daß Konsolidierung und Modernisierung untrennbar zusammengehören.

Wir können unsere Haushaltsprobleme allerdings nicht allein und aus eigener Kraft lösen. Die Sparanstrengungen der vergangenen vier Jahre sind durch die Entwicklung der

Steuereinnahmen immer wieder konterkariert worden. Die Ergebnisse der bundesweiten Steuerschätzung von gestern machen deutlich, daß wir mit weiteren erheblichen Einbußen zu rechnen haben.

Ursache für diese Entwicklung ist eine Steuerpolitik der Bonner Koalition, die Steuermißbrauch, Steuervermeidung und Steuergestaltung Tür und Tor geöffnet hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie hat im Ergebnis zu einer Erosion des gesamten Steuersystems und zur Zerstörung der Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden geführt. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen müssen grundlegend verändert werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir brauchen eine Wende in der Steuerpolitik in den Städten und Gemeinden. Dort, wo Demokratie direkt erfahren und gelebt wird, darf es nicht zum finanziellen Kollaps kommen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sag das mal Oskar!)

— Herr Ehlers, jetzt machen wir einen kurzen Exkurs für Sie.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Da bin ich aber gespannt!)

Wenn die Steuervorschläge der Bonner Koalition vom Bundesrat angenommen worden wären, hätte das bedeutet, daß wir zusätzlich zu den heutigen Einbrüchen im Steuersystem in den Jahren 1997 und 1998 100 Milliarden DM Ausfälle gehabt hätten. Das können Sie in allen Protokollen nachlesen und müssen es ernst nehmen. Die Rezeptur, wenn etwas falsch ist, immer noch mehr vom Falschen dazuzutun, taugt nichts, weder hier noch anderswo.

(Beifall bei der SPD und der GAL — Zuruf von Karl-Heinz Ehlers CDU)

— Reichte das noch nicht, Herr Ehlers?

Die Entwicklung einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik hat für Hamburg entscheidende Bedeutung. In einer Welt des Wandels müssen wir Hamburgs internationale Rolle weiter stärken und zugleich seine regionale Ökonomie erneuern. Notwendig sind daher Innovationsallianzen, die das Handeln jenseits überkommener Strukturen ermöglichen und unterschiedliche Fachpolitiken eng miteinander verknüpfen.

Wir brauchen moderne Zukunftstechnologien, um neue Märkte zu erobern und im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Wir brauchen innovative Dienstleistungen, Außenhandel, Handwerk und Industrie, aber auch wissenschaftliche Spitzenleistungen, um Wohlstand und Arbeit vor Ort zu sichern. Ohne die Einkommen, die auf internationalen Märkten erzielt werden, können der Gemüseladen um die Ecke, der kleine Softwareanbieter, der Heizungsinstallateur nicht existieren. Hamburg braucht beides: international erfolgreiche Unternehmen und eine starke lokale Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir brauchen die Hafenerweiterung in Altenwerder, die Fahrrinnenanpassung der Unterelbe, den Ausbau des Flughafens für die Zukunftsfähigkeit der Stadt.

(Hans Jakob Kruse CDU: Sehr richtig!)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A Die Bewerbung Hamburgs als Produktionsstandort für den geplanten Airbus A 3 XX werden wir mit Nachdruck weiter verfolgen.

(Beifall bei der SPD und Zuruf von der CDU)

— Bei Ihnen auch nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie benehmen sich hier in der Bürgerschaft wie Ihre Finkenwerder Bezirksfraktion,

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wir sind da völlig unverdächtig!)

die auch in früheren Jahren immer den Ausbau der DASA in Finkenwerder zusammen mit der GAL blockiert hat. Insofern war das in der Tat wieder eine Übereinstimmung.

Eine sparsame Flächenpolitik im Hafen, ökologische Ausgleichsmaßnahmen im Elberaum

(Beifall bei der GAL und bei Holger Kahlbohm SPD)

und der Lärmdeckel am Flughafen werden dafür sorgen, daß Mensch und Natur bei all diesen notwendigen Vorhaben so wenig wie möglich belastet werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Energiepolitik muß dem Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsweise gerecht werden. Wir setzen auf Klima- und Ressourcenschutz durch sparsamen Umgang mit Energie und die vorrangige Nutzung erneuerbarer Energien. Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest und wollen in Verhandlung mit den Betreibern eine Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten in fünf bis sechs Jahren erreichen.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Schon wieder Beifall!)

Wir brauchen eine moderne Wirtschaftspolitik, bei der Innovationsfähigkeit und Innovationsgeschwindigkeit im Mittelpunkt stehen. Wir können es uns nicht leisten, daß technologisches Wissen in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor sich hin schlummert, wissenschaftliche Qualifikationen brachliegen und Produktideen den Markt zu spät erreichen. Hier gilt es, gezielt das Potential, das Hamburgs Hochschul- und Forschungslandschaft bietet, zu nutzen, indem die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft effizienter vernetzt, Existenzgründer sowie kleine und mittlere Technologieunternehmen maßgeschneidert gefördert werden.

Zur Innovationsstrategie gehört auch, die Entwicklung zur Informationsgesellschaft aktiv zu gestalten und den Ausbau der Schlüsselmärkte Telekommunikation und Multimedia regional und global zu unterstützen, damit Hamburgs Position als europäische Medien- und Dienstleistungsmetropole gefestigt und ausgebaut wird. Das Haus der Multimedia-Produzenten in Ottensen ist nur ein Beispiel für die sozialverträgliche Einbindung überörtlich ausgerichteter Unternehmen in ihre lokale Umgebung.

Strukturbildende Projekte einerseits, stadtteilnahe Wirtschaftsförderung andererseits, mit dieser Doppelstrategie wollen wir das lokale Wirtschafts- und Beschäftigungspotential gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie des Handwerks starten, denn sie sind wesentliche

Garanten für Ausbildung und Beschäftigung in der Stadt. Sie sind auch für den ökologischen Strukturwandel und ein nachhaltiges Wirtschaften von besonderer Bedeutung.

C

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zur Bewahrung von Identität im Wandel gehört, sich seiner kulturellen Wurzeln bewußt zu sein und sie zu pflegen. Die Kultur leistet einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens. Das kulturelle Leben in dieser Stadt ist zudem auch ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsfaktor. Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt und die kulturellen Leistungen in dieser Stadt können sich sehen lassen, auch in Zeiten knapper Kassen.

(Beifall bei der SPD und bei Axel Bühler GAL)

Gerade sind das Deutsche Schauspielhaus und die Hamburgische Staatsoper für ihre hervorragenden künstlerischen Leistungen ausgezeichnet worden.

Nur auf der Basis von Weltoffenheit und Toleranz, von Gleichberechtigung und Teilhabe kann das entstehen, was als Rohstoff Bildung bezeichnet wird. Unternehmen, die sich in Hamburg ansiedeln wollen, werden auch in Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte finden, die Innovation befördern und höchsten Ansprüchen gerecht werden. Bildung ist aber nicht nur Rohstoff für die Wirtschaft.

Bildung soll auch jedem die Chance eröffnen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln. Diesem Ziel dient unser ausdifferenziertes Schul- und Hochschulsystem, das wir kontinuierlich weiterentwickeln und in seiner Leistungsfähigkeit verbessern wollen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit — auch im Bildungsbereich — soll darin liegen, Verantwortung vor Ort zu fördern. Das bedeutet einerseits mehr Gestaltungsmöglichkeit, andererseits bedeutet es auch mehr Rechenschaft über die Ergebnisse. Auch in Schulen und Hochschulen muß gespart werden. Die Besonderheit dieser Bereiche wird dabei allerdings nicht vergessen.

D

Arbeit und Ausbildung sind zentrale Themen für die kommende Legislaturperiode. Menschen, die dauerhaft aus dem Erwerbsleben herausfallen oder als Jugendliche erst gar keinen Zutritt zur Arbeitswelt finden, werden elementare persönliche, gesellschaftliche und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten vorenthalten. Wem signalisiert wird: „Wir brauchen dich nicht“, von dem können wir auf Dauer kaum gesellschaftliches Verantwortungsgefühl und Engagement erwarten. Hier müssen wir ansetzen, wenn wir nicht wollen, daß Jugendliche Tag für Tag an Bahnhöfen oder auf Parkplätzen herumlungern.

Eingebettet in ein Gesamtkonzept zur sozialen Stadtentwicklung wollen SPD und GAL in einer Initiative „Arbeit und Ausbildung für Jugendliche und Jungerwachsene“ zusätzliche Angebote für die unter Fünfundzwanzigjährigen schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

Schon heute liegt der Schwerpunkt des Ausbildungsangebots nicht in der Privatwirtschaft, sondern mehr als die Hälfte der Plätze wird durch die Stadt angeboten. Darüber hinaus wollen wir bis zu 1000 zusätzliche Plätze im Ausbildungsbereich und insgesamt 2000 befristete Arbeitsverhältnisse in dieser Legislaturperiode schaffen.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A Unser vorrangiges Ziel bleibt, Jugendliche in das duale Ausbildungssystem einzugliedern. Hier ist die Privatwirtschaft in der Pflicht. Dies schon aus eigenem Interesse. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Produkte hängt von der Ausbildung eines qualifizierten Nachwuchses ab.

Mir scheint, wir treffen heute allzuoft auf einen neoliberalen Zeitgeist, der von Solidarität und gesellschaftlicher Verpflichtung des Eigentums für Ausbildung und Beschäftigung nichts mehr hören will. Ich bin froh, daß es den Kammern in Hamburg gelungen ist, zumindest eine Trendwende bei den Ausbildungsplätzen zu erreichen.

Um möglichst vielen Betroffenen helfen zu können, müssen wir unsere begrenzten finanziellen Mittel noch effektiver einsetzen. Dies kann zum Beispiel durch eine bessere Organisation der Träger und Maßnahmen sowie verstärkte Kooperationen mit den Betrieben erreicht werden.

Durch die verstärkte Einbeziehung freier quartiersnaher Träger — zum Beispiel in das Programm Tariflohn statt Sozialhilfe — wird der Senat eine aktive Arbeitsmarktpolitik in den Stadtteilen und für die Stadtteile betreiben. So kann die notwendige Sanierung eines öffentlichen Gebäudes gemeinsam durch Fachhandwerke und vorher arbeitslose Jugendliche erfolgen, die ein Beschäftigungsträger betreut. Wenn es richtig läuft, werden daraus Lehrverträge entstehen.

Ein weiteres Kernstück unserer stadtteilorientierten Politik bildet das Programm „Soziale Stadterneuerung und Stadtentwicklung“, in dem die bisherigen Ansätze und Ressourcen der Stadterneuerung zusammengeführt werden, wobei die organisatorischen Abläufe die Erfahrungen aus dem Armutsbekämpfungsprogramm berücksichtigen werden.

Ein Stadtteilmanagement soll in den besonders benachteiligten Stadtteilen Mitarbeit organisieren, Engagement und Selbstvertrauen der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger stärken. Sie sollen einbezogen werden in die Gestaltung quartiersnaher Angebote für Arbeit und Ausbildung, für Bildung, Sport, Freizeit und Stadtteilkultur sowie für medizinische und pflgerische Betreuung.

Einrichtungen vor Ort — Kindertageshime, Schulen und Hochschulen — sind ebenso wie Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften und Vereine aufgefordert, sich dem Stadtteil zu öffnen und an der Gestaltung ihres unmittelbaren Umfeldes mitzuwirken.

Flankiert wird dieses stadtteilbezogene Vorgehen durch die Wohnungspolitik, die ihren sozialen Zielen sowohl im Neubau als auch im Wohnungsbestand verpflichtet bleibt. Durch die vereinbarte Neugestaltung der Fehlförderungsabgabe und eine entsprechende Belegungspolitik soll der sozialen Entmischung der Wohnquartiere entgegengewirkt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*)

Im Wohnungsbauprogramm des neuen Senats enthalten sind jährlich bis zu 2800 Mietwohnungen sowie 700 Einheiten in der Eigentumsförderung. Neuer Wohnraum soll zu einem großen Teil im Zuge innerer Verdichtung geschaffen werden. Für die kommenden Jahre wird auf die Umsetzung des Bebauungsplans Neugraben-Fischbek verzichtet. In Oberbillwerder werden die bisherigen Planungen

um 50 Prozent reduziert. Der ehemalige Standortübungsplatz Höltigbaum wird insgesamt unter Naturschutz gestellt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In Hamburg leben heute 270 000 Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Ein großer Teil von ihnen ist hier geboren. Für alle, die schon lange in der Hansestadt leben und arbeiten und bereits nach der geltenden Rechtslage mit einer erfolgreichen Einbürgerung rechnen können, gilt, daß ihre Teilhabe an staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten verbessert werden soll. Hamburg wird ihre Einbürgerung fördern. Die Bundesratsinitiativen zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts werden weiterverfolgt.

Kriegsflüchtlings und Asylbewerbern gewährt unser Staat Schutz. Dieser Schutz ist auf den Zeitraum des Konfliktfalles im Herkunftsland beschränkt. Bei Fortfall der Schutzbedürftigkeit wird die Rückführung derjenigen Flüchtlinge, die nicht freiwillig zurückkehren, unter Wahrung der Menschenwürde konsequent durchgesetzt.

Dies gilt auch für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Ausländerinnen und Ausländer, die schwerwiegende Straftaten begangen haben.

Hamburg bekennt sich zu einer Drogenpolitik mit den Elementen Prävention, Überlebenshilfen, qualifizierte Entgiftung und Therapie sowie Substitution. Wir streben weiterhin einen Modellversuch zur ärztlich kontrollierten Heroinabgabe an. Wenn unsere bundespolitische Initiative gelingt, soll ein entsprechendes Projekt in Hamburg zügig umgesetzt werden.

Daneben sind repressive Maßnahmen, vor allem zur Bekämpfung des Drogenhandels, unverzichtbar. Für wirksame Veränderungen in der offenen Szene am Hauptbahnhof und an der Sternschanze wird unter Einbeziehung der betroffenen Bezirke ein Handlungskonzept erarbeitet, das eine enge Abstimmung zwischen dem sozialpolitisch helfenden und dem repressiven Bereich in der Praxis enthalten soll. Damit sich die Drogenkranken nicht mehr in der offenen Szene aufhalten und ihren Schuß auf Bahnhofstrepfen und in Hauseingängen setzen, werden wir vier weitere Gesundheitsräume einrichten und rechtlich absichern.

Die Koalitionspartner, SPD und GAL, nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ernst. Die Entwicklung im Bereich der Gewaltkriminalität beunruhigt uns alle, insbesondere die zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen.

Der demokratische Rechtsstaat muß den Anspruch seiner Bürger auf Freiheit und Sicherheit erfüllen. Hierzu haben sich beide Regierungspartner in ihrer Vereinbarung ohne Wenn und Aber bekannt.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind sich einig, daß die Bekämpfung der Gewalt einerseits und Maßnahmen zur Prävention andererseits gleichermaßen wichtige gesellschaftliche Aufgaben sind. Präventive Maßnahmen, wie zum Beispiel Graffiti-Projekte oder Fan-Projekte, sind besonders bei delinquenzgefährdeten Kindern und Jugendlichen von wesentlicher Bedeutung. Gleichzeitig muß der Staat mit Augenmaß, aber auch mit Entschiedenheit seine Repressionsinstrumente einsetzen.

C

D

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A Wo sich Sicherheitsprobleme häufen, sollen Sicherheitspartnerschaften unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger geschlossen werden. Zusätzlich sollen in zwei Bezirken Sicherheitskonferenzen erprobt werden. Der Einsatz bürgernaher Beamter wird fortgesetzt, die polizeiliche Präsenz vor Ort verstärkt. Haltestellen des ÖPNV und deren Umfeld werden besonders gesichert. Darüber hinaus wird die hamburgische Nahverkehrswache für eine Verstärkung des Wach- und Begleitpersonals in den Fahrzeugen von U- und S-Bahnen sorgen.

Die eingeleiteten Projekte zur Modernisierung von Organisation und Verwaltung bei Polizei und Justiz werden umgesetzt, damit die Aufgaben noch effektiver und bürgerfreundlicher wahrgenommen werden.

Als eine Reaktion auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß „Hamburger Polizei“ wird eine dreiköpfige ehrenamtliche und unabhängige Kommission gebildet, an die sich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Polizistinnen und Polizisten wenden können.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Donnerwetter!)

Im Justizbereich wird Hamburg auf Bundesebene dafür eintreten, wichtige Rahmenbedingungen zu verbessern, zum Beispiel durch Veränderungen von Zuständigkeiten, mehr außergerichtliche Streitbelegungen sowie in geeigneten Fällen neue Alternativen zur Verhängung von Freiheits- oder Geldstrafen. Dies könnten gemeinnützige Arbeit oder auch Fahrverbote außerhalb von Verkehrsdelikten sein.

Der Dienst am Gemeinwohl hat in Hamburg eine lange Geschichte. In den traditionellen Organisationen, wie den Vereinen und Verbänden, aber auch den Kirchen, wird das Leben in unseren Stadtteilen seit langem mitgestaltet. Daneben sind in den letzten Jahren eine Reihe neuer Formen des Bürgerengagements entstanden, zum Beispiel bei Bürgerinitiativen für Stadtteilkultur oder Umweltschutz.

Dieses umfassende Engagement wollen wir bei der Gestaltung unserer Stadt, insbesondere bei der Entwicklung in den Stadtteilen, zukünftig noch stärker nutzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Als weitere Idee soll eine verbandsunabhängige Agentur zur Vermittlung von Freiwilligen hinzukommen.

In den Dienststellen vor Ort wird die öffentliche Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger erfahrbar. Wir müssen diese Dienste weiter modernisieren. Gerade bei den Zielen Kundenzufriedenheit und Bürgernähe können noch erhebliche Fortschritte erzielt werden. So streben wir an, möglichst viele publikumsbezogene Verwaltungsleistungen in einer Hand anzubieten. Dazu wollen wir die öffentlichen Dienststellen schrittweise zu Bürgerämtern weiterentwickeln.

Mit dem ersten Zusammentreten der neuen Bürgerschaft am 8. Oktober ist die hamburgische Tradition des „Ewigen Senats“ zu Ende gegangen,

(Rolf Kruse CDU: Endlich! Endlich!)

eine Folge der in der vergangenen Legislaturperiode beschlossenen Verfassungsreform.

An diesem 8. Oktober endete auch die Amtszeit meines Vorgängers, des bisherigen Ersten Bürgermeisters Dr. Henning Voscherau. Keine ewige Amtszeit zwar, aber

doch die längste aller Nachkriegsbürgermeister unserer Stadt und unbestritten eine glückliche und erfolgreiche.

(Beifall bei der SPD)

Sie war geprägt durch die Herausforderung, fast 140 000 neue Hamburgerinnen und Hamburger in die Stadt zu integrieren. Mit dem Namen Voscherau verbunden bleiben wichtige Infrastrukturprojekte und nicht zuletzt die Hafencity, eine weit ins nächste Jahrhundert reichende Vision neuer Urbanität. Im Namen des Senats und der Stadt spreche ich meinen Dank für das Geleistete aus.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Danken möchte ich auch den ausgeschiedenen Senatoren,

(Ole von Beust CDU: Es sind ja relativ wenig, die ausgeschieden sind! — Gegenruf von Karl-Heinz Ehlers CDU: Nicht relativ, sondern zu wenig!)

dem Zweiten Bürgermeister und Wirtschaftssenator Erhard Rittershaus für seine Fähigkeit, der Hamburger Wirtschaft mit Optimismus neue Perspektiven aufzuzeigen,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL und der CDU)

Wissenschaftssenator Leonhard Hajen für seine Leistung, die Wissenschaftslandschaft in Hamburg zu modernisieren und der Forschung neue zukunftsweisende Impulse zu verleihen,

(Beifall bei der SPD)

Justizsenator Wolfgang Hoffmann-Riem für sein Engagement bei der Modernisierung der Hamburger Justiz,

(Beifall bei der SPD und der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Wenn die alle so gut sind, warum müssen die dann gehen?)

Umweltsenator Fritz Vahrenholt für seine Leistungen im Umweltschutz, die soeben mit einem Spitzenplatz Hamburgs im diesjährigen Kommunalwettbewerb der deutschen Umwelthilfe gewürdigt wurden.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

An der Schwelle zur Ewigkeit steht der neue Senat von SPD und GAL und mit ihm der Erste Bürgermeister bei der Aufnahme seiner Arbeit also nicht mehr. Wir stehen nur — wie alle Hamburgerinnen und Hamburger — an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, und unser Auftrag reicht gerade in dieses hinein. Vier Jahre, eine klar bemessene Spanne, das umzusetzen, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben:

Eine wirtschaftlich starke und finanziell gesunde Stadt, die zukunftsfähig ist, auch weil sie mit den Ressourcen ökologisch verantwortlich umgeht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Eine solidarische Stadt, die den Jungen Perspektiven in Ausbildung und Beruf eröffnet, die den Älteren soziale Sicherheit bietet und sie am gesellschaftlichen Leben beteiligt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Eine kulturell lebendige Stadt mit einem breiten Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger und kulturellen Spitzenleistungen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A Eine liberale Stadt, die die Bürgerrechte und insbesondere die Rechte von Minderheiten verteidigt und dabei die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten weiß.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Eine Stadt, in der niemand diskriminiert wird und Männer und Frauen gleichberechtigt an der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft mitwirken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zu dieser aktiven Mitwirkung möchte ich alle Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich einladen. Als Erster Bürgermeister will ich meinen Beitrag leisten, die politische Kultur unserer Stadt insofern weiterzuentwickeln.

In den Koalitionsgesprächen haben wir dazu einen Anfang gemacht. Wir haben es geschafft, ein Stück wegzukommen von den politischen Ritualen, Schwarzweißgegensätzen und hochgespielten, medienwirksam inszenierten Konflikten hin zu einer ergebnisorientierten Politik, die unaufgeregt Lösungen für die realen Probleme dieser Stadt bietet.

Daran will ich in meiner zukünftigen Arbeit anknüpfen, und das nicht nur bezogen auf den Innenbereich der Politik, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Wir müssen die in unserem Gemeinwesen in vielfältiger Form vorhandenen Fähigkeiten bündeln, die gesellschaftlichen Gruppen in die Gestaltung, aber auch die Verantwortung einbeziehen, Konflikte klären und das Machbare dann auch umsetzen.

- B Unser hundertjähriges Rathaus ist nicht nur der Ort, in dem Parlament und Regierung handeln. Das Rathaus muß an der Schwelle zum 21. Jahrhundert mehr denn je Ort eines lebendigen Austauschs zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Politik über die Zukunft unserer Stadt sein.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Die Fraktionen haben sich verständigt, eine

Besprechung

zu beantragen und diese auch sofort durchzuführen.

Wer wünscht das Wort? — Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal von mir persönlich und im Namen meiner Fraktion Herrn Bürgermeister, den neuen Senatorinnen und Senatoren herzliche Glückwünsche zur Wahl in Ihr verantwortungsvolles Amt. Ich wünsche Ihnen für Ihre Amtsausübung die berühmte glückliche Hand — was immer das sein mag —, Freude am Amt, Freude an der Arbeit und viel Engagement für unsere Stadt. Daß meine politischen Wünsche anders sind als die persönlichen Wünsche, werden Sie nachvollziehen können.

Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat eben die Regierungserklärung abgegeben, eine Erklärung auf der Grundlage des Koalitionsvertrages. Nach der Regierungserklärung und vor allen Dingen nach der Lektüre der Koalitionsvereinbarungen frage ich mich: Wollen Sie Hamburg eigentlich regieren, oder wollen Sie Hamburg nur verwalten?

(Beifall bei der CDU — *Michael Dose* SPD: Regieren!)

Ich habe das Gefühl, daß Sie eine Verwaltungserklärung und keine Regierungserklärung abgeben. Von Aufbruch, von Innovation, von neuen Ideen, neuen Taten, neuen Plänen und vor allen Dingen neuen Personen keine Spur, nichts Neues.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß einige Kollegen von mir und zum Teil auch ich bis zuletzt, als diese Drucksache mit den neuen Namen im Senat verteilt wurde, gehofft hatten, daß noch irgend etwas Neues kommt.

(*Anna Bruns* GAL: Das hoffen wir für Bonn auch!)

Sie hätten die Chance gehabt, Herr Runde, durch das große Vertrauensvotum Ihrer Partei, durch die Geschlossenheit Ihrer Partei, dadurch, daß Sie ein neuer Bürgermeister sind, durch einen neuen Koalitionspartner auch personell etwas Neues anzubieten. Statt dessen präsentieren Sie uns wieder Senatoren, die sogar Voscherau — und das zu Recht — loswerden wollte.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfinde es bei allen persönlichen guten Wünschen als eine Zumutung, daß Sie uns die Senatorin Fischer-Menzel, die in ihrer Amtszeit einen Hamburger Chefarzt zu Unrecht beschuldigt hat, nämlich Professor Dietrich, sich hinterher nicht entschuldigt hat, die den Ruf des Bernhard-Nocht-Institutes ruiniert hat, die völlig unsensibel mit dem Hafenkrankehaus umgegangen ist, wieder präsentieren und Sie das wieder bestätigen. Das ist eine Zumutung für diese Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Frau Raab, Sie mögen es mir verzeihen — Sie haben heute Geburtstag, herzlichen Glückwunsch —, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten diesen Geburtstag ganz privat feiern können.

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie uns eine Senatorin wieder präsentieren, die ein Schulgesetz vorgelegt hat, dessen Qualität so katastrophal war, daß die eigene Fraktion es in der Luft zerreißen, mühsam wieder zusammenflicken und reformieren mußte, damit es einigermaßen verabschiedungsfähig ist, eine Senatorin, die mit ihrer weltfremden Überheblichkeit sogar den geduldigen Herrn Edler von der GAL zur Weißglut bringen mußte, ist eine Zumutung.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine auch, daß ein Senator, der in die Geschichte Hamburgs als der traurige Verfasser des Bettlerpapiers eingegangen ist, der in der hamburgischen Polizei überhaupt keinen Rückhalt hat, zumindest als Innensenator für diese Stadt denkbar ungeeignet ist.

(Beifall bei der CDU)

Man kriegt schon fast Mitleid mit Herrn Hajen, der auch nicht erfolgreicher als die anderen war und gehen mußte. Das muß einmal ganz ehrlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Von daher hätten Sie die Chance zur Erneuerung gehabt, Herr Runde. Bezeichnend ist, mit welchem Argument Sie diese Chance zurückgewiesen haben. Sie haben in einem Interview gesagt — Zitat Runde —:

C

D

(Ole von Beust CDU)

A „Der alte SPD-STATT-Partei-Senat ist mit einer beachtlichen Leistungsbilanz in den Wahlkampf gegangen. Ich habe keinen Anlaß, Bewährtes auszutauschen.“

Die Wähler haben das zu Recht anders gesehen, Herr Runde. Und die Mehrheit der Stadt sieht es, glaube ich, auch anders.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind vielleicht mit dieser subjektiv empfundenen Bilanz in den Wahlkampf hineingegangen, aber nicht wieder herausgekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Denn Ihre Partei hat das schlechteste Ergebnis mit 36,2 Prozent seit Kriegsende.

(Heike Sudmann GAL: Und wieviel hatte die CDU?)

Die mittragende STATT Partei ist hinausgeflogen, und die Demoskopie über die Schulnoten, die Fähigkeiten und Kompetenzen des Senats, den Sie für bewährt halten, war katastrophal. Sie haben trotz dieser Bedingungen die Chancen für einen personellen Neuanfang nicht genutzt. Daß Sie das nicht getan haben, läßt nicht nur Zweifel an der zukünftigen Regierungsarbeit, sondern vor allen Dingen jetzt schon Zweifel an Ihrer Führungsstärke aufkommen. Das ist das Problem, das dahinter steht. Ein Bürgermeister, der es nicht einmal am Anfang seiner Amtszeit schafft, wirkliche Reformen und Wechsel durchzuführen, der wird auch in den vier Jahren keine Kraft, keine Führungsstärke und Innovationskraft haben. Wer es nicht am Anfang schafft, macht sich im Grunde handlungsunfähig für die nächsten vier Jahre. Das ist das Problem.

B

(Beifall bei der CDU)

Ich habe daher den Eindruck, daß Sie Ihr Amt nicht als ein Amt ansehen, das eine kraftvolle politische Führung verlangt, sondern als besitzwahrende Proporzverteilung. Das reicht nicht für diese Stadt, das reicht nicht für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Personelle ist das eine, das andere ist das Inhaltliche.

Wenn man sich die Koalitionsvereinbarung durchliest, 94 Seiten durchlesen muß,

(Elisabeth Kiausch SPD: Das hat niemand von Ihnen verlangt!)

wird man zu Formulierungen kommen, die gehäuft auftreten, indem es heißt: Es wird kontinuierlich geprüft, es wird erprobt, es wird evaluiert, es soll geklärt werden, es soll abgewartet werden, es soll berichtet werden, bewertet werden, später entschieden werden, fortgesetzt werden, und das alles vernetzt und quartiersbezogen mit Synergieeffekten. Was wollen Sie uns damit eigentlich sagen, Herr Runde?

(Beifall bei der CDU)

Was wollen Sie uns eigentlich mit solchen Formulierungen sagen? Sie sind gewählt worden, um zu handeln, zu regieren, und nicht, um zu zögern und zu prüfen. Handeln Sie, denn geprüft worden ist genug in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an einigen konkreten Lesebeispielen aus dieser Koalitionsvereinbarung konkretisieren.

(Jan Ehlers SPD: Aber gut betont! — Karl-Heinz Ehlers CDU: Es darf gelacht werden!)

C

In dem Regierungsvertrag für die zweitgrößte deutsche Stadt mit 98 000 Arbeitslosen, besonderen Strukturproblemen und Schwierigkeiten, einer harten Wettbewerbssituation des hamburgischen Einzelhandels mit den Einkaufszentren des Umlandes, heißt es zum Thema Verkehr, Seite 23, Punkt 2.5.20:

„Die Förderung des Zufußgehens“

(Jan Ehlers SPD: Ja, das haben manche schon verlernt!)

„ist wichtiger Bestandteil der hamburgischen Verkehrspolitik als natürliche Art der Fortbewegung, und die Aufenthaltsqualität im Straßenraum soll gestärkt werden.“

Das ist Ihr Angebot an die Metropole Hamburg, Herr Runde. Das ist doch ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der CDU)

Es geht doch nicht darum, Herr Ehlers, einen Wandertag zu organisieren,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

sondern die Kaufkraft der City.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein weiteres Lesebeispiel zur Haushaltslage Hamburgs, dem Land mit der zweitgrößten Pro-Kopf-Verschuldung der westlichen Bundesländer nach Bremen, dem Land mit einer Verdoppelung der Staatsschulden in den letzten zehn Jahren von 20 auf 40 Milliarden DM und dramatisch sinkenden Investitionen. Wie heißt es in diesem Koalitionsvertrag zur Vermögensveräußerung, um Vermögen zu mobilisieren, Schulden zurückzuzahlen und investieren zu können?

D

„Die Veräußerung einzelner Vermögensteile wird von der Marktsituation abhängig gemacht, unter Berücksichtigung eines Sensibilitätskatalogs der Koalitionspartner.“

Es geht nicht darum, welche Sensibelchen hier sitzen, es geht darum, Investitionskraft für Hamburg zu schaffen. Es geht nicht darum, Ihre eigenen Sensibilitäten der Parteien und Fraktionen abzuchecken, sondern durch Vermögensveräußerungen Schulden zu tilgen, Zinsen zu sparen und Investitionskraft für Hamburg zu schaffen. So können Sie mit der Wirtschaftslage nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ein drittes Lesebeispiel. Zum Umgang mit moderner Technik — Sie hatten es sehr abstrakt angeführt, Herr Runde —, dem Umgang im Bio- und Genbereich, einem international anerkannten, wichtigen, mit enormen Chancen verbundenen Wachstumsbereich, werden wir konkret. Was schreibt dazu der Koalitionsvertrag auf Seite 59, Ziffer 7.3?

„Die SPD weist auf die großen Chancen hin, die in der Bio- und Gentechnologie als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts für die Lösung zentraler Probleme in den Bereichen Medizin, Gesundheit und Umweltschutz liegen. Die GAL steht der Gentechnik grundsätzlich kritisch gegenüber.“

(Dr. Martin Schmidt GAL: Blättern Sie doch mal um! Seite 60!)

(Ole von Beust CDU)

A Was soll man damit anfangen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Was soll man mit einem Koalitionsvertrag der regierenden Partei dieser Stadt anfangen, wenn in einer wichtigen Wachstumsbranche, die Hamburg Chancen gibt — inklusive dem UKE —, die Koalitionspartner nicht in der Lage sind, über Formelkompromisse hinauszukommen. Das reicht einfach nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir könnten es — mit Verlaub — neben diesen wesentlichen Fragen auch auf die kleinen Dinge beziehen, denen Sie sich mit großer Mühe gewidmet haben. Im Regierungsvertrag heißt es zum Beispiel für die zweitgrößte deutsche Stadt, die Metropole Hamburg, das Tor zur Welt:

„Vor Beschlüssen über die Abschaffung der Sackabfuhr sollen zuerst die Ergebnisse von zwei Stadtteilversuchen abgewartet werden.“

Mein Gott, das ist ein solches Klein-Klein. Wer selber sagt, er verhandelt kleinteilig, darf sich nicht wundern, wenn Kleinkariertheit am Ende herauskommt. Und genau das ist herausgekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin davon überzeugt, daß sich diese Kleinkariertheit in vielen anderen Zitate — wenn es gewünscht wird, die Zeit läuft davon —

(*Heike Sudmann GAL: Wird gewünscht! — Dr. Martin Schmidt GAL: Weiterlesen! Bitte!*)

B endlos fortsetzen ließe. Diese Kleinkariertheit hat System. Sie hat nicht nur System als Ergebnis der Koalitionsvereinbarung der letzten Wochen, sondern auch als Prognose für die Zukunft, weil in Hamburg doch im Grunde gar nicht zwei Parteien, nämlich die SPD und die GAL, sondern vier Partner verhandelt haben: Realos, Fundis, Linke und das sogenannte Mitte-Rechts-Bündnis der SPD.

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Waren Sie denn dabei?*)

Alle vier haben ihre Protagonisten; insgesamt haben 24 Damen und Herren verhandelt. Jeder wollte sein Lieblingsthema, sein Hobby, seine kleine kaiserliche Werft in diesem Koalitionsvertrag unterbringen. Herausgekommen ist, was herauskommen mußte: kleinkariertes Sammelsurium voller unkonkreter Formelkompromisse. Das ist die Wahrheit. Aber es reicht nicht aus, um diese Stadt vernünftig zu regieren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man die Schwerpunktsetzung nur mengenmäßig angeht, ist es geradezu eine makabere Aufteilung dieses Koalitionsvertrages. Wenn das Thema Innere Sicherheit, was die Menschen massiv umtreibt — man mag ja verschiedene Ansichten haben —, genauso ausführlich behandelt wird wie der Bereich Naturschutz, dann stimmt irgend etwas in den Relationen nicht. Da widmet man dem ganzen Bereich Justiz genauso viel wie dem Bereich psychisch Kranker; da stimmt doch irgend etwas mit den Relationen nicht.

(*Jan Ehlers SPD: Das Gleichnis haben Sie aber gezogen!*)

Der Bereich norddeutsche Zusammenarbeit — wie ich meine, eine Schicksalsfrage für Hamburg — wird auf einer

C knappen Seite genauso abgehandelt wie das Thema Entsorgung. Sie haben keine Schwerpunkte gesetzt. Sie haben nicht den Mut dazu gehabt, weil Sie es aufgrund Ihres internen Proporztes nicht konnten und es jedem recht machen wollten. Das reicht nicht, um eine Millionenstadt wie Hamburg zu regieren.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man sagen, es wäre alles nicht so schlimm, wenn wir in goldenen Zeiten leben würden

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Wie lange muß denn Ihre Rede dauern?*)

und nicht unter dem nationalen, aber auch dem internationalen Druck stünden — Herr Runde hat darauf zu Recht hingewiesen — und den Menschen Hamburgs, der Wirtschaft, aber auch den Arbeitsplätzen gegenüber verpflichtet wären, ein Profil dieser Stadt zu erarbeiten, neu zu gestalten, das Hamburg im nationalen und internationalen Wettbewerb eine Spitzenposition einräumt.

(*Wolfgang Baar SPD: Wir sind dabei!*)

Wie ist die Situation im Moment? Ich habe darauf hingewiesen, daß wir in Hamburg eine Staatsverschuldung haben, die die zweitgrößte Pro-Kopf-Verschuldung der westlichen Länder beinhaltet. Wir haben einen stetigen Rückgang der öffentlichen Investitionen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zinsbelastung für diese Stadt. Wir haben 98 000 Arbeitslose, eine Jugendarbeitslosigkeit, die in Hamburg doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt. Wir haben aufgrund des Wettbewerbes zum Umland, das Grundstücke für Investitionen natürlich billiger anbieten kann, enorme Wettbewerbsnachteile bis hin zur Wettbewerbsverzerrung, und guckt man weiter bis Mecklenburg-Vorpommern, sogar noch mit enormen steuerlichen Investitionserleichterungen. Dazu steht Hamburg in direkter Konkurrenz.

(*Dr. Monika Schaal SPD: Ja, wer ist dafür verantwortlich?*)

Das heißt, wir haben in schwierigen Zeiten der Globalisierung, die nicht nur allgemein zu beschreiben sind, als Hamburger schwierigere Rahmenbedingungen, um diese Stadt dort hinzubringen, wo wir sie hinbringen wollen, nämlich an die Spitze.

Wenn wir im nationalen und internationalen Wettbewerb vorankommen wollen, kommt es in diesen Jahren darauf an, sich nicht im Klein-Klein zu verstricken,

(*Wolfgang Franz SPD: Genau!*)

nicht im Proporzdenken, sondern zu überlegen, wie wir diesen Anforderungen des nationalen und internationalen Wettbewerbes Rechnung tragen können.

D Ich bin überzeugt, daß Hamburg als Handels- und Dienstleistungsmetropole für internationale Wirtschaft im West-Ost-Nord-Handel die Drehscheibe sein kann, die es sein muß, um die wirtschaftliche Stärke dieser Stadt zu erzwingen. Wir haben enorme Chancen, weil alle Prognosen trotz augenblicklicher Schwierigkeiten sagen, daß im osteuropäischen Bereich von Polen über die baltischen Staaten, Ungarn bis hin zu Tschechien enorme Wachstumspotentiale liegen. Die Chancen für den Handel, den Austausch von Dienstleistungen, von Meinungen und Wissenschaften sind natürlich für Hamburg, aufgrund seiner geogra-

(Ole von Beust CDU)

A phischen Lage, als Drehscheibe dieser Wachstumsgebiete mit dem — ich sage mal — nachkriegsalten Westeuropa enorm. Die Chancen sind groß, die sich in neuen Forschungsprojekten, Firmenansiedlungen, Arbeitsplätzen, Kongressen und Tagungen realisieren lassen. Es sind Chancen, die sich für diese Stadt in gigantischem Ausmaß ergeben.

Wenn es so ist, daß diese Chancen vorhanden sind — und ich bin überzeugt, Chancen sind da und Resignation ist der falsche Ratgeber —, müssen wir dafür arbeiten — und das ist für mich die Aufgabe —, daß Hamburg diesen Rang als internationale Drehscheibe im Wettbewerb gewinnen kann. Wir haben diese Chance. Aber ich sehe Wolken am Horizont bei der jetzigen Bestandsaufnahme, der Ist-Situation Hamburgs, von der ich glaube, daß wir diesem Profil und den Anforderungen noch nicht gerecht werden.

Wenn wir diese Chance nutzen wollen, bin ich in großer Sorge, Herr Bürgermeister, ob Hamburg in Zukunft noch die Einrichtungen vorhält, die es braucht, um in diesem Wettbewerb lang- und mittelfristig als Messe- und Kongreßstadt zu reüssieren. Die Chance, um in dem internationalen Wettbewerb diese Drehscheibe zu sein, die es sein muß, liegt darin, daß Hamburg als Messe- und Kongreßstadt internationales Publikum, Erfahrungsaustausch, Wissenschaften und Innovationen hierher holt.

(*Michael Dose SPD: Richtig!*)

Wie ist die Situation auf dem Gebiet der Kooperation — Kooperation heißt es ja nicht mehr, Verzeihung, die Zeiten haben sich geändert —, der Koalitionsvereinbarungen?

(*Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Richtig ordentlich!*)

B

Steht darüber nichts darin? Ich bedaure das. In der Regierungserklärung ist das alles sehr allgemein gehalten worden.

Wenn wir uns einmal prüfen, ob die Hamburger Messe und das Kongreßzentrum mittelfristig internationalen Qualitätsstandard hat, habe ich große Sorge, ob diese wichtige Rahmenfunktion für Hamburg erhalten ist. Leider setzen Sie in Ihrer Regierungserklärung und in Ihrem Kooperations... , Verzeihung, Koalitionsvertrag kein Signal in dieser Richtung.

(*Michael Dose SPD: Üben, üben!*)

Die Messe ist objektiv flächenmäßig am Ende. Wenn wir uns die Messe angucken, ist sie weder optisch noch technisch auf dem neuesten Stand.

(*Michael Dose SPD: Waren Sie nicht auf der Bootsmesse?*)

Wenn Sie sich angucken, was in Leipzig mit der neuen Messe passiert ist; das ist ein gigantisches Messezentrum, was als solches so attraktiv ist, daß die Hamburger Messe große Schwierigkeiten haben wird. In Hannover gibt es durch den Ausbau der EXPO einen enormen Ausbau der Messe- und Kongreßqualität. Stuttgart will dreistellige Millionenbeträge investieren, und wir haben ein Messegelände, bei dem man den Eindruck hat, daß „Du und Deine Welt“ das Highlight des Jahres ist. Das reicht nicht aus, meine Damen und Herren, da ist Investition dringend erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Das gleiche gilt für den Kongreßstandort Hamburgs. Machen wir uns nichts vor. Das CCH hat den Chic und Charme der siebziger Jahre, aber mehr nicht.

C

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Abreißen und neu bauen!*)

Auch hier ist Investition und Innovation erforderlich, weil ich davon überzeugt bin, daß wir diese Chance Hamburgs nutzen können, wenn wir es wollen. Das heißt, daß wir in diesen Bereichen, die der Stadt Zukunft bringen und Menschen, die mit uns handeln und Arbeitsplätze schaffen, investieren müssen.

Wenn man diese Internationalität Hamburgs und die Chancen will und heraus aus dem provinziellen Denken, gehört dazu aber auch, akzeptieren zu müssen, daß zu einer internationalen Stadt, die Drehscheibe für Handel und Wirtschaft ist, nationale und internationale Verkehre in und nach Hamburg fließen müssen und können. In Sachen Verkehrspolitik ist es ein Armutszeugnis, was diese Koalition anzubieten hat.

(Beifall bei der CDU)

Gucken wir uns das Thema Transrapid an. Da gibt es ein halbherziges Bekenntnis nach dem Motto: Na ja, es ist Bundesgesetz, verhindern können wir es nicht, das müssen wir zähneknirschend hinnehmen. Meine Damen und Herren, bei einer Investitionsentscheidung von solchem Ausmaß,

(*Heike Sudmann GAL: Nicht finanzierbar!*)

die so viel Geld und Arbeitsplätze und vor allem Chancen für Hamburg in die Region bringt, mit einem Renommierobjekt, was internationalen Charakter hat, reicht kein halbherziges Bekenntnis, sondern da müssen Ideen und Visionen auf den Tisch.

D

(Beifall bei der CDU)

Sie, Herr Runde, und die anderen Kollegen im Senat oder hier im Parlament haben nicht den Mut, einen Schritt weiter zu denken und zu sagen: Wenn er kommt, müssen wir auch die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben, nämlich zu überlegen, wie man es schafft, durch eine vernünftige Gestaltung des Andockens am Hamburger Hauptbahnhof, durch eine Überbauung der Südgleise Einkaufsmöglichkeiten zu bieten, die Innenstadt zu beleben, Tagungs- und Kongreßmöglichkeiten sowie kulturelle Einrichtungen in einer Gegend Hamburgs zu schaffen, die später von 40 000 neuen Menschen täglich besucht wird.

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Oh, wo kommen die denn her?*)

Das wären Visionen und Ideen. Fehlanzeige in Ihrem Programm, nichts, Nullbuchung. Das reicht nicht.

(Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir dazu eine Anmerkung, vielleicht ist das noch verhandel- und diskutierbar. Ich habe in den Koalitionsverhandlungen das Ergebnis gefunden, daß eine Haltestelle in Moorfleet abgelehnt wird. Ich kenne Ihre Argumente nicht; wir mögen das austauschen. Ich sage nur, wenn der Transrapid von 40 000 Menschen gebraucht wird, die nicht nur aus Hamburg, sondern auch aus dem Umland kommen,

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Warum nicht doppelt so viele!*)

(Ole von Beust CDU)

A dann ist es ein Trugschluß, zu glauben, sie kommen alle mit der Regional- oder der S-Bahn zum Hauptbahnhof, um in den Transrapid einzusteigen.

Darum meine ich, daß wir in Moorfleet einen Haltepunkt brauchen, verbunden mit einer vernünftigen Park-and-ride-Möglichkeit, um wirklich die Chancen dieser gigantischen Investition nutzen zu können. Springen Sie über Ihren eigenen Schatten.

(Beifall bei der CDU)

Stichwort Flughafen. Auch hier die gleiche Halbherzigkeit. Ich glaube, es gibt international keine Metropole in der Welt,

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

in der die Fluggäste, um vom Flughafen in die Stadt zu gelangen, entweder durch strömenden Regen zu Taxis eilen oder mit dem Bus in die City zuckeln müssen. Das gibt es sonst nicht, das gibt es nur in Hamburg.

(Jürgen Klimke CDU: Die sollen zu Fuß gehen!)

— Oder die Kultur des Zufußgehens vielleicht, von Fuhlsbüttel in die City, wäre auch eine Möglichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie selbst dann, wenn es die Chance gibt, nach endlosen Planungen, dem Planfeststellungsverfahren, ja sogar dem Spatenstich von Senator Wagner zur Einweihung der S-Bahn — schön — daß Sie wieder da sind, Herr Senator, willkommen, Sie können wieder einen Spatenstich machen —,

B (Dr. Martin Schmidt GAL: Mit welcher S-Bahn? Die bleibt doch immer stehen!)

diese Entscheidung wieder in Frage stellen mit dem Ergebnis, daß die Bahn frühestens — wenn sie denn kommt — im Jahre 2006 fertiggestellt sein kann, dann reicht das nicht für die Infrastruktur des Flughafens aus. Das ist Provinz und nicht Weltstadt.

(Beifall bei der CDU)

Von daher hat Hamburg Chancen einer enormen Profilbildung als internationale Metropole im Austausch zwischen Nordeuropa, Ost und West, als internationaler Verkehrsknotenpunkt, und hat, glaube ich, auch enorme Chancen — wenn wir sie vernünftig nutzen — als Wissenschaftsstandort. Ich zumindest und meine Fraktion halten es für unbefriedigend, wenn auf der einen Seite zu Recht Millionenbeträge in die Hochschulen gesteckt werden, mit Tausenden Studenten in der Stadt — und Hamburg ist rein zahlenmäßig eine bedeutende Hochschulstadt —, und auf der anderen Seite aus Hamburg kaum international renommierte Forschungsergebnisse vorliegen. Das ist eine Blamage für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Daß Hamburg bei Hochschulranking, der Qualitätsprüfung der Hochschulen, regelmäßig nicht einmal mehr im letzten Drittel auftaucht, sondern noch weiter unten, auch das ist eine Blamage für diese Stadt.

Zur Gentechnologie habe ich schon etwas gesagt. Daß das Universitäts-Krankenhaus in Ihren Koalitionsvereinbarungen und auch in Gesprächen mit Ihnen im Grunde im-

mer nur mißtrauisch beäugt wird, statt zu sagen, wir nutzen diese Forschungseinrichtung für Hamburg, halte ich auch für einen kapitalen Fehler.

C

Ich glaube, wir haben neben den beiden Bereichen, die ich eben nannte, eine riesige Chance, Hamburg als Wissenschaftsstandort zu profilieren, wenn wir in Hamburg bestimmte Umstrukturierungen an den Hochschulen durchführen. Darum bedaure ich es, daß in den Koalitionsvereinbarungen kein Wort über neue Studiengänge zu finden ist. Wir hier in Hamburg sagen, daß wir ein Medienzentrum, ein Marketing- und Werbezentrum sind, aber es gibt keine neuen Studiengänge in diesem Bereich. Hier ist Innovation und nicht Besitzstandswahrung erforderlich. Das brauchen wir an der Universität.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es für ein riesiges Versäumnis, wenn bei den enormen Mitteln, die in ganz Norddeutschland in die Universitäten und in die Forschung gesteckt werden, nicht endlich der vernünftige Versuch gemacht wird, zu einem Forschungs- und Lehrverband zu kommen, damit wir eine Profilierung dieser Region als internationales Forschungs- und Wissenschaftszentrum erlangen. Mit Klein-Klein und Provinzialität wird das nichts. Sie wollen das leider so festschreiben, aber nicht mit uns.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg als internationales Handels- und Dienstleistungszentrum, Wissenschaftsmetropole und Verkehrsknotenpunkt hat eine riesige Chance, voranzukommen und Profil zu gewinnen, um im internationalen Wettbewerb der Region und der Städte einen Spitzenplatz eingeräumt zu bekommen. Nur, dazu sind zwei Dinge erforderlich: neue Ideen, Innovation auf der einen Seite und natürlich Investitionen, um das gestalten zu können. Natürlich steht alles — Sie sagten es vorhin, Herr Runde, da haben Sie recht — immer unter dem Vorbehalt der Finanzierung; Träume kann jeder haben, er muß aber auch sagen, wie sie finanziert werden können.

D

Lassen Sie mich dazu zwei Dinge sagen. Wenn es um die Investitionen im Verkehrsbereich geht, halte ich es gerade bei den Schwierigkeiten der Haushaltslage auf der einen Seite und der Notwendigkeit von Investitionen auf der anderen Seite schlichtweg für einen Skandal, daß 100 Millionen DM im Säckelchen der Stellplatzabgabe lagern und aus ideologischen Gründen von Ihnen nicht für vernünftige Verkehrsinvestitionen ausgegeben werden. Hier wären die Investitionen möglich, Sie nutzen sie aber be-
wußt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es um andere Investitionen geht — das haben uns doch andere Bundesländer bei der Vermögensmobilisierung, das heißt, dem Verkauf von öffentlichen Unternehmen, Beteiligungen und Eigentum, vorgemacht —, geht es doch nicht um eine ideologische Frage, sondern darum, wie durch Mobilisierung eines solchen Vermögens über die Schuldentilgung hinaus Kräfte für Investitionen freige-
macht werden können. Wir brauchen diese Kräfte für Investitionen in Hamburg, auch seitens der Stadt. Da wir sie brauchen — ich habe Beispiele genannt —, halte ich es für einen Treppwitz, wenn Sie sagen, dieses Kräftefreimachen für Investitionen hängt von der Sensibilität der Koalitionspartner ab. Das geht nicht, meine Damen und Herren; Ihre Sensibilität in allen Ehren. Wir brauchen einen Investi-

(Ole von Beust CDU)

A tionsschub in Hamburg, bei allem Respekt vor Ihren persönlichen Gefühlen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir diesen Strukturwandel und neue Ideen wollen, heißt das aber auch — Sie wollen auch Strukturwandel, sagten Sie, Herr Runde —, daß wir den Menschen, die sich dadurch verunsichert und schwach fühlen, die Sicherheit und Geborgenheit geben, die diese Menschen haben wollen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Aber zu Fuß dürfen sie nicht gehen, oder?)

Das Thema Innere Sicherheit, das Sie und wir angesprochen haben, ist für mich keine Frage eines schmallippigen Law-and-order-Themas, sondern die Frage, wie wir den Schwachen, die verunsichert sind, das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat wiedergeben können. Ich bin davon überzeugt, daß es gerade viele einfache Menschen gibt, auch Schwache, die sich bedroht und im Stich gelassen fühlen, die das Gefühl haben, daß es so etwas wie staatliche Autorität nicht mehr gibt, daß der Staat sie im Stich läßt und nichts für sie tut; sie haben Angst und fühlen sich belästigt. Da geht es nicht um Law and order im klassischen Rechts-links-Sinne, sondern darum, wie wir diesen schwachen Menschen das Vertrauen geben können, das dieser demokratische Rechtsstaat braucht, um auf Dauer in seiner Existenz nicht gefährdet zu werden.

Sie haben zu dem Problem zu Recht gesagt, daß 70 000 Menschen rechts gewählt haben. Sie haben es doch nicht nur aus rechter Gesinnung oder ominösem Protest getan. Ich bin davon überzeugt, daß viele dieser Menschen es getan haben, weil sie das Vertrauen in diesen Staat auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit verloren haben. Weil das aber so ist, halte ich das, was Sie auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit anbieten, für einen weiteren Baustein des Vertrauensverlustes der Menschen in den demokratischen Staat. Das wird sich eines Tages bitter rächen.

(Beifall bei der CDU — Jan Ehlers SPD: Und jetzt noch die Alternative!)

— Ich weiß nicht, ob Sie noch reden dürfen, Herr Ehlers, wenn Sie kein Stellvertreter sind. Sie können es dann später machen.

(Jan Ehlers SPD: Ich darf immer reden!)

Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihren Koalitionsvereinbarungen — auch in Ihrer Rede vorhin — den eindeutigen Schwerpunkt auf vorbeugende, präventive Maßnahmen gelegt und den Bereich aktiver Verbrechensbekämpfung nahezu vollständig — ich sage: nahezu — ausgelassen. Sie haben, was die präventive Arbeit angeht, teilweise geradezu — wie soll ich es sagen — anrührende Formulierungen in Ihren Koalitionsvereinbarungen untergebracht. Darin steht zum Beispiel:

„Zur Stärkung von Zivilcourage und ziviler Konfliktfähigkeit werden in Hamburg sowohl in der Volkshochschule als auch in Schulen und Kindergärten und anderen geeigneten Einrichtungen Fortbildungsangebote für zivile Konfliktfähigkeit angeboten.“

Wollen Sie zukünftig Mehrfachgewalttäter zu Volkshochschulkursen zwingen? Oder was soll das heißen? Das ist doch völliger Unsinn.

(Beifall bei der CDU — Unmut bei der GAL)

Ich weiß, daß es denjenigen weh tut, die meinen, die Probleme der Inneren Sicherheit seien nur mit Prävention lösbar.

(Jan Ehlers SPD: Die keine Konfliktregelung kennen, denen tut es weh, wenn sie Schläge kriegen!)

Mit den Antworten, die Sie im Bereich der Prävention und der Konfliktlösung anbieten — das mag im Einzelfall gar nicht unvernünftig sein —, lösen Sie überhaupt kein Problem der jetzt vorherrschenden Gewalttätigkeit in dieser Stadt. Prävention ist das eine, aber das gegenwärtige Problem verschieben Sie und lösen es nicht; das ist das Problem. Dabei kneifen Sie nämlich.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Prävention wirkt immer auf die Zukunft und nicht auf die Gegenwart!)

Wenn Sie in der Presse lesen können, daß es in Langenhorn eine Gruppe von jugendlichen Gewalttätern gibt, im Alter von 13 bis 14 Jahren, von denen einige Täter dreißig- bis fünfunddreißigmal durch schwere Delikte aufgefallen sind und wo nichts passieren kann, weil Sie sich immer noch weigern, gesicherte Unterbringungen für mehrfach straffällig gewordene jugendliche Gewalttäter zu schaffen, dann setzen Sie Ideologie vor Verbrechensbekämpfung. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU — Jan Ehlers SPD: Nein, Sie lesen ja nicht mal den Polizeibericht!)

Ich weiß doch auch, daß junge Leute mal Mist machen. Es geht doch gar nicht darum, daß einige einmal über die Stränge schlagen. Es geht nur darum, daß diejenigen, die mehrfach gewalttätig werden, vor sich selber und der Öffentlichkeit geschützt werden. Daß Sie den Mut nicht haben, das zu machen, ist ein Armutszeugnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Es geht in dem schwierigen Bereich der Inneren Sicherheit auch darum, daß diejenigen, die zum Schutz der Menschen tagtäglich ihre Gesundheit und ihren Kopf hinhalten, die Polizeibeamten in dieser Stadt, Motivation und Vertrauen der Politik und der Menschen bekommen. Sie haben eine Kontrollkommission eingerichtet, von der eigentlich keiner die genauen Rechte kennt. Das schafft kein Vertrauen, sondern Mißtrauen für unsere Polizei. Das ist genau das falsche Signal, das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Daß Sie für die Frage, welche Rechte und Möglichkeiten und, vor allen Dingen, welche Betreuung Opfer brauchen, Menschen, die von Straftaten verunsichert sind, die sich tyrannisiert fühlen, die Angst haben, nicht mehr als eine verträumte Zeile auf 94 Seiten verwenden, zeigt, daß Sie die Spannung, die in diesem Thema liegt, und die Verzweiflung dieser Menschen nicht ernst nehmen. Das empfinde ich als zynisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU — Dr. Martin Schmidt GAL: Wieviel Seiten braucht man dafür?)

Von daher ist der Bereich „Innere Sicherheit“ für Sie leider immer noch ein weißer Fleck in Ihrer Politik.

Zwei Sätze möchte ich zur Drogenpolitik sagen: Ich gebe Ihnen dahin gehend recht, Herr Runde, daß man die Dro-

C

D

(Ole von Beust CDU)

- A genpolitik differenziert angehen muß. Das heißt vor allem, daß bei den Süchtigen die Hilfe und nicht Repression im Vordergrund stehen muß. Sie wissen, daß wir Sie in Hamburg und auch bundesweit dabei unterstützt haben,

(*Petra Brinkmann SPD*: Also, da kann man ja nur lachen!)

daß ein vernünftiges Methadon-Programm verfolgt werden kann. Sie wissen, daß wir die Einrichtung von Gesundheitsräumen grundsätzlich für gut heißen und wollen. Ich teile Ihre Auffassung, daß eine Verbesserung der Suchthilfe und Prävention notwendig ist. Nur, meine Damen und Herren, das ist die eine Seite, die Hilfe für die Betroffenen. Der mindestens genauso entscheidende Punkt der Drogenpolitik muß aber sein, die Süchtigen aus ihrer Sucht herauszubekommen und neue Süchtige zu verhindern. Dazu finden wir in Ihrem Papier überhaupt nichts, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — *Jan Ehlers SPD*: Machen Sie mal einen Vorschlag, bitte!)

So schreiben Sie auf Seite 80 in Ihren Koalitionsvereinbarungen, die Situation der Entgiftungsplätze solle weiter beobachtet werden.

Der Senat hat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage vor drei Monaten zugegeben, daß die Wartezeit auf einen Entgiftungsplatz mindestens drei Monate beträgt. Dann aber zu sagen, man wolle das lediglich beobachten, ist ein Verrat an denjenigen, die aus der Sucht aussteigen wollen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU — *Dr. Martin Schmidt GAL*: Falsch gelesen; richtig vorlesen, bitte!)

- B Sie haben vorhin die offene Drogenszene angesprochen, Herr Runde, und zitiert, was in den Koalitionsvereinbarungen steht. Da heißt es:

„Die beteiligten Behörden sollen ein Handlungskonzept für wirksame Veränderungen in der offenen Szene (insbesondere Hauptbahnhof, St. Georg, Sternschanze) erarbeiten, das auch Formen der engen Abstimmung zwischen dem sozialpolitisch-helfenden und repressiven Bereich in der Praxis enthält. Dabei sind im Sinne der Umsetzungsorientierung auch die Bezirke einzubeziehen.“

Das heißt auf gut deutsch, daß in den nächsten zwei Jahren überhaupt nichts passiert, denn so lange dauern erfahrungsgemäß Ihre Handlungskonzepte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir mögen zum Bereich der Inneren Sicherheit verschiedene Meinungen haben — das ist völlig in Ordnung —, aber bitte akzeptieren Sie, daß es hier nicht um eine kaiserliche Werft der CDU geht, sondern um bittere Wahlkampf Erfahrung in Vierteln, in denen die Menschen Angst haben, sich bedroht fühlen und vom Staat Hilfe, aber auch Taten sehen und nicht nur Worte hören wollen. Wir werden diese Taten unermüdlich einfordern und haben den begründeten Eindruck, daß Sie es bei Worten lassen werden und keine Taten folgen. Das wird mit uns nicht machbar sein.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde gibt es in den Bereichen eines neuen Profils für Hamburg im internationalen Wettbewerb und

beim Schutz der Schwachen vor Verbrechen und klaren C Grenzen für die Täter in diesem Parlament sicherlich auch deutliche Unterschiede zwischen der Opposition und den Fraktionen der Koalition. Freuen wir uns — bei allen Meinungsverschiedenheiten — auf einen fairen parlamentarischen Wettbewerb in den nächsten Monaten und Jahren. Bei allem Disput und bei aller Kritik steht gemeinsam für uns fest, daß es bei unserem Meinungsaustausch und den Lösungen, um die wir ringen, nicht um Fraktionen, Parteien, Regierungen oder das Parlament geht, sondern um eine gute Zukunft für unsere Freie und Hansestadt Hamburg. Lassen Sie uns daran arbeiten. — Danke schön.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU — *Jan Ehlers SPD*: Dafür haben die eine Stunde geübt!)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort wünscht Frau Kiausch, und sie bekommt es.

Elisabeth Kiausch SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine zwei Monate sind seit der Wahl vergangen. Heute haben wir einen Bürgermeister gewählt, den von ihm berufenen Senat bestätigt und seine Regierungserklärung gehört. Ich habe es am Wahlabend nicht für möglich gehalten, daß wir so schnell an diesem Punkt ankommen würden.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: So tief!)

Es macht mich froh und auch ein bißchen stolz, daß dies gelungen ist, und ich wünsche mir, daß es ein gutes Omen für den Ablauf der folgenden vier Jahre ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nun heute am Beginn einer rotgrünen Legislaturperiode stehen, so ist dies angesichts der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger eine konsequente und abgewogene Entscheidung, wenn Sie sich die Ausführungen von Bürgermeister Runde dazu in Erinnerung rufen.

Ich gebrauche absichtlich diese sehr wenig emotionalen Begriffe. Koalitionen sind nun einmal Vernunfttaten. Man schüttelt sich nach der Unterschrift zwar die Hand, aber man will sich ganz bestimmt nicht küssen.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Na ja, kann ja vorkommen!)

Das Wort Vernunft, meine Damen und Herren, muß in diesen schwierigen Zeiten eine ganz zentrale Rolle in unserem Denken und Handeln spielen. Aber natürlich ändert sich auch etwas auf der Oppositionsseite. Die CDU-Fraktion ist nunmehr die einzige Opposition in diesem Hause.

(*Heike Sudmann GAL*: Das müssen sie noch üben!)

Auf sie kommt deswegen eine erhöhte Verantwortung zu, und wir warten sehr darauf, daß Sie die auch wahrnehmen werden.

(*Ingo Kleist SPD*: Das schaffen die nie!)

Sie, meine Damen und Herren, müssen konkrete Alternativen zum Regierungshandeln aufzeigen. Deshalb hat mich die bisher allzu pauschale, geradezu banale Kritik am Koalitionsvertrag — ich habe Ihre Presseerklärung, Herr von Beust, fast unnötigerweise ziemlich genau gelesen — enttäuscht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

(Elisabeth Kiausch SPD)

- A Sie bemängelten neulich, daß Visionen ein Fremdwort sei und es beim hamburgischen Klein-Klein bleibe. Abgesehen davon, daß ich nur das Wort Hafencity zu nennen brauche, um das zu widerlegen, sage ich Ihnen folgendes: Visionen allein reichen nun wirklich nicht aus. Der Weg zum Ziel besteht aus vielen einzelnen Schritten, die man nacheinander tun muß.

(Ingo Kleist SPD: Deswegen gehen wir auch zu Fuß!)

Wenn wir längst an unserem Ziel angekommen sind, werden Sie immer noch am Ausgangspunkt stehen und nur Visionen haben, weil Sie sich nicht in realistischen Schritten dem Ziel genähert haben.

(Beifall bei der SPD — Dr. Michael Freytag CDU: Das sehen die Wähler anders!)

Es ist immer beifallsträchtig, Herr von Beust, aber auch sehr billig, eine Rede so anzufangen, wie Sie es heute getan haben. Auch Sie unterliegen anscheinend dem weitverbreiteten, aber etwas infantilen Irrtum, daß „neu“ auch immer „gut“ bedeutet. Ihre Zusammenfassung des Koalitionsvertrages ist ausgesprochen kindlich.

(Beifall bei der SPD — Ole von Beust CDU: Wie können Sie das ablesen? Das wußten Sie doch vorher gar nicht!)

Sie betreiben eine Auslese aus diesem Vertrag, die dem Inhalt wirklich nicht gerecht wird. Das Schlimme daran ist, daß Sie das auch wissen.

(Ole von Beust CDU: Mutter Kiausch!)

- B Sie prangern Kleinteiligkeit an. Herr von Beust, die Opposition in Hamburg wäre besser, wenn Sie sich ganz persönlich etwas mehr auch um kleinteilige Dinge kümmern würden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Man gewinnt fast den Eindruck, als hätten Sie die letzten vier Jahre verschlafen oder woanders verbracht, sonst könnten Sie ein solches Urteil über diese Stadt nicht abgeben. Ihre Rede strotzt vor gewollten Mißverständnissen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Nicht gewollt! — Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Es reicht auch nicht, Alternativen durch das Schüren von Emotionen zu ersetzen.

Ich komme zur Regierungserklärung und in diesem Zusammenhang auf den Koalitionsvertrag zurück, den ich für einen ausgesprochen guten Rahmen für die kommende Zeit halte. Fallgruben, über denen nur ein paar dürre Zweige zur Tarnung liegen, sind darin nicht enthalten. Das ist wichtig. Er ist vernünftig und vor allen Dingen handlungsorientiert. Trotzdem ist natürlich allen Beteiligten klar, daß die neuartige Situation, in der wir uns befinden, auf beiden Seiten jeweils sehr unterschiedlich beurteilt wird. Auf beiden Seiten gibt es Optimismus, Skepsis oder auch sogar offene Ablehnung.

Es kommt darauf an, wie wir den Rahmen, den diese Vereinbarung uns gibt, ausfüllen. Der Umgang im politischen Alltag, Vernunft und Pragmatismus im großen und kleinen werden hier gefordert. Es kommt darauf an, eine entsetzlich nüchterne Politik zu machen, eine Politik, die uns letztendlich aber weiterbringt.

(Beifall bei der SPD)

C Einige Punkte der Regierungserklärung, die Grundlage für die nächsten vier Jahre ist und die mir besonders wichtig erscheinen, möchte ich herausgreifen, ohne Herrn Bürgermeister Runde zu wiederholen. So ist es richtigerweise wieder das Thema „Haushalt und Finanzen“, das über allem und am Anfang steht, denn die katastrophale Lage der öffentlichen Finanzen in Hamburg bildet Rahmen und Hintergrund für alles politische Handeln. Erst muß man dies verinnerlichen, dann kann man korrekt beurteilen, was wir trotzdem leisten und auch was wir nicht leisten können. Ich bewerte es als positiv, daß die GAL sich sowohl dem Sparzwang als auch dem Konzept des Sparens nicht verweigert hat. Die November-Steuerschätzung zwingt uns zu der Erkenntnis, daß das finanzielle Korsett, in dem wir gemeinsam stecken, vermutlich noch enger geschnürt werden muß. Das wird besonders hohe Anforderungen an die Partei stellen, die neu in die Regierung eingetreten ist. Trotzdem muß der finanzielle Ausgleich des Betriebshaushalts erkennbares Ziel bleiben, und wir haben alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente dafür einzusetzen.

Es ist oft gesagt worden, meine Damen und Herren, daß die Notwendigkeit konsequenten Sparens für die Bürgerinnen und Bürger zu spürbaren Einschränkungen führen wird. Davon kann man bedauerlicherweise auch nicht abrücken. Ich möchte aber ausdrücklich einen anderen Aspekt hervorheben, und zwar die Modernisierung der Stadt. Seit mehreren Jahren betreiben wir in Hamburg eine umfassende und zugleich unglaublich vielfältige Verwaltungsmodernisierung. Der Zwang zum Sparen hat hier Prozesse in Gang gesetzt, die sonst mit Sicherheit viel länger gedauert hätten. Es ist sogar die Frage, ob sie denn überhaupt begonnen worden wären. Not macht eben doch erfinderisch.

D Es ist unser erklärtes Ziel, daß die notwendigen Sparziele vorrangig intern — durch verwaltungsinterne Straffung, Steigerung der Effizienz, den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik — erreicht werden sollen. Der Service für den Bürger soll sogar verbessert werden, wo immer es geht. Zum Beispiel sollen möglichst viele publikumsbezogene Verwaltungsleistungen an einem Schalter angeboten werden. Die Ansätze sollen schrittweise in allen Bezirken zu einem Angebot von Bürgerämtern ausgebaut werden. Vielleicht ist das klein-klein, Herr von Beust, aber die Bürger werden sich darüber sicher freuen.

Jede Wahlanalyse zeigt, daß für die Wählerinnen und Wähler die Arbeitslosigkeit das konstant beherrschende Thema war. Die Sorge um den Arbeitsplatz bewegt die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs wie kaum eine andere. Fast 93 000 Menschen sind in Hamburg arbeitslos gemeldet. Viele weitere suchen Arbeit, auch wenn sie nicht registriert sind, und wer Arbeit hat, fragt sich oft, wie lange denn noch. Dieses Thema ist in meinen Augen existentiell, weil es das Lebensfundament der Menschen betrifft. Ob man einen Arbeitsplatz hat und, wenn ja, welchen, hat schon über die Höhe des Entgelts Konsequenzen für das tägliche Leben. Ob ich einen Beruf ausübe oder nur einen Job habe oder nicht einmal das, hat aber auch starke Auswirkungen auf das Lebens- und Selbstwertgefühl. Für junge Menschen gilt das noch viel stärker als für ältere. Das Fehlen eines Ausbildungs- beziehungsweise eines Arbeitsplatzes kann hier zu allgemeiner Perspektiv- und Orientierungslosigkeit führen.

Aber, meine Damen und Herren, auf der Ebene eines Stadtstaats wie Hamburg kann das Problem Arbeitslosig-

(Elisabeth Kiausch SPD)

A keit zwar gemildert, nicht aber in großem Umfang gelöst werden. Es ist Sache der Bundesregierung, die notwendigen Rahmenbedingungen — beispielsweise eine vernünftige Steuerreform und die Senkung der Lohnnebenkosten — zu schaffen, statt wie seit Jahren in lähmender Handlungsunfähigkeit zu verharren. Es ist außerdem Sache der Wirtschaft, zu erkennen, daß kurzfristiges Renditedenken, das Wegsparen qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Verlagerung von Produktionseinheiten ins Ausland und die Maximierung der Dividende zu Lasten der Arbeitnehmer letztlich bedeutet, an dem Ast zu sägen, auf dem wir alle sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Ein stabiles soziales Klima ist ein Standortfaktor, meine Damen und Herren, der kaum unterschätzt werden kann, aber ein stabiles soziales Klima kann auch zerstört werden, wenn eine Generation heranwächst, die ohne Aussicht auf eine persönliche wirtschaftliche Zukunft die Schule verläßt. Und letztlich: Arbeitnehmer sind auch Konsumenten. Wer nichts verdient, kann auch nichts kaufen.

Für uns Sozialdemokraten ist es besonders wichtig, daß die Bedeutung der Wirtschaft, die Stärkung des Standorts Hamburg und eine innovative Wirtschaftspolitik, die Hamburg für die internationalen Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts fit macht, eine herausragende Stellung in dem Koalitionsvertrag einnimmt. Diese Schwerpunktsetzung ist uns gelungen. Alle großen Infrastrukturprojekte konnten im Koalitionsvertrag positiv verankert werden, so daß sogar die Handelskammer ihre diesbezüglichen Befürchtungen mit einer gewissen Verblüffung für unbegründet erklärt hat. Es bestand Einvernehmen, daß Industrie und große Unternehmen eine grundlegende Bedeutung besitzen, nicht nur, weil sie selbst Arbeit bieten, sondern weil sie ihrerseits zahlreichen mittelständischen Betrieben die Existenz ermöglichen. Kleine und mittlere Betriebe wiederum sind die wesentlichen Träger von Beschäftigung und vor allem Ausbildung sowie ein unverzichtbarer Stabilitätsfaktor in der Sozialstruktur der Stadtteile.

B

Soweit von seiten unseres Stadtstaats Hamburg Arbeitsmarktpolitik betrieben werden kann, haben wir auch dort unsere Schwerpunkte gesetzt. Das gilt ganz besonders für den Bereich Ausbildung. Die zahlreichen im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen zum Thema „Arbeit und Ausbildung“ sprechen eine sehr deutliche Sprache: So etwa das Programm „QUAS“, das erweitert wird, so etwa Programme, um benachteiligten Jugendlichen den Zugang zur betrieblichen Ausbildung zu erleichtern, so etwa Programme, in denen mindestens ein Drittel der Zielgruppenarbeitsplätze für Jungerwachsene eingerichtet werden. Diese Leistungen sollte man nicht kleinreden, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD)

Zur Erhaltung des sozialen Friedens gehört auch die Abkehr von Gewalt. Darüber sind wir uns alle einig. Wenn der soziale Friede nachhaltig gestört ist, nimmt oft die Kriminalität erschreckend zu. Die „Innere Sicherheit“ war das zweite bewegende Thema im Wahlkampf. Ich möchte aus dem Koalitionsvertrag zitieren, denn diese Aussage ist wichtig und richtig:

„Die Koalitionspartner nehmen die Sorgen vieler Menschen um die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ernst.“

Das ist auch so gemeint.

C

(Heino Vahldieck CDU: Das wäre ja wohl noch schöner, wenn das nicht so wäre!)

„Die Entwicklung insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität beunruhigt viele Menschen. Ein liberaler demokratischer Rechtsstaat muß den Anspruch der Bürger auf Freiheit und Sicherheit garantieren. Das Vertrauen in das Staatswesen hängt davon ab, daß kein Defizit staatlichen Handelns erlebt werden muß, wenn der Rechtsfrieden gefährdet ist. Die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität und der Kriminalität selbst ist gleichermaßen wichtige gesellschaftliche Aufgabe.“

(Jan Ehlers SPD: Das steht auf Seite 39! — Gegenruf von Ole von Beust CDU: Aber konkret kommt nichts!)

Insbesondere bei der Drogenkriminalität kann das Thema „Innere Sicherheit“ nicht losgelöst vom Thema „Soziales“ und dem Umfeld betrachtet werden.

Wir sind befriedigt von der Tatsache, daß selbst die Hamburger CDU Gesundheitsräume für richtig und notwendig hält. Hierin ist sie ihrer Bundespartei erfreulicherweise voraus. Leider macht sie nicht den notwendigen zweiten Schritt, nämlich die ärztlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Süchtige zu befürworten.

Zu den Ursachen von Kriminalität ist hier schon etwas gesagt worden. Bei der Bekämpfung der Kriminalität selbst kommt den Bereichen Polizei und Justiz natürlich die größte Bedeutung zu. Beispielsweise ist die Beschleunigung von Verfahren wichtig. Gerade bei jungen Menschen muß die Sanktion in einem zeitlichen Zusammenhang mit der Straftat stehen. Aber bei aller Bedeutung von Prävention und Präsenz hat die Polizei auch repressive Aufgaben und muß diesen auch nachgehen. Diese schwere Aufgabe der Polizei bedarf einer hohen Motivation des einzelnen. Ein zuverlässiger Rückhalt von seiten der Politik, insbesondere Rückhalt bei den Regierungsfractionen, ist dafür notwendig.

D

(Beifall bei der SPD)

Ohne die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geht das aber auch nicht. Als positives Beispiel möchte ich das Aktionsprogramm „Wilhelmsburg — stark ohne Waffen und Gewalt“ nennen. Bis zum Frühjahr werden sich Institutionen wie Kirchen, Schulen, Häuser der Jugend und Beratungsstellen mit eigenen Programmen und vielen Aktionen für ein friedliches Zusammenleben aller Wilhelmsburger einsetzen. Ich finde das eine großartige Idee und wünsche mir viele solcher Aktionen. Aktivitäten wie diese können in meinen Augen sehr viel mehr in bezug auf Bürgersinn, Integration und Identitätsgefühl leisten als alles staatliche Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die „Gleichstellung von Frauen und Männern“. Manche mögen dieses Thema für eine Marginalie halten. Wer das Leben aber kennt, weiß, daß die Gleichstellung der Frau nach wie vor ein relevantes Thema ist. Besonders in schwierigen Zeiten werden immer wieder ideologische Gründe hervorgeholt, um Frauen die Präsenz am Arbeitsplatz strittig zu machen. Deshalb freut es mich, daß die Gleichstellung der Frau einen so deutlichen Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden hat.

(Elisabeth Kiausch SPD)

A (Beifall bei der SPD — *Ole von Beust CDU*: Niederschlag ist k. o.!)

Das Kapitel 16.1 ist dabei nur ein Element. Viel wichtiger erscheint mir, daß sich die Gleichstellung der Frau nachweisbar wie ein roter Faden durch alle Bereiche des Koalitionsvertrages zieht. Man kann dieses Thema nicht abtrennen und nicht herauslösen. Fast jeder Lebens- beziehungsweise Politikbereich hat auch seine frauenpolitischen Aspekte. Dies muß im täglichen Geschäft seine Berücksichtigung finden.

Abschließend möchte ich sagen, daß ich die Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters als einen soliden Rahmen für die Bewältigung der Aufgaben der kommenden Jahre betrachte. Sie muß nun ernsthaft, sachlich und konstruktiv abgearbeitet werden. Es kann nicht darum gehen, daß die eine Seite die andere „in die Knie zwingt“ oder „über den Tisch zieht“, um Formulierungen aus der öffentlichen Diskussion zu nennen. Das war nicht der Geist der Verhandlungen und sollte auch zukünftig nicht der Geist für die Zusammenarbeit sein. Manchem mag hier der Glanz fehlen, aber das ist in dieser Zeit auch schwierig. Statt falschen Glanz gibt es aber echte Hoffnung, daß wir die Kraft haben werden, um im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs die Realität zu bewältigen.

Ich persönlich stehe heute hier das letzte Mal in meiner jetzigen Funktion. Ich wünsche dem Koalitionssenat alles, alles Gute. Ich gehe davon aus, daß meine Fraktion diesen Senat nach Kräften unterstützt, und ich wünsche mir und hoffe, daß es gleichzeitig gelingt, unsere unverwechselbare sozialdemokratische Identität zu wahren. — Schönen Dank.

B (Langanhaltender Beifall bei der SPD und bei *Axel Bühler GAL*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es lichtet sich schon etwas, obwohl es heute ein historischer Tag ist.

(Vereinzelte Zurufe)

Man könnte es so beschreiben: Für die SPD jährt sich im vierzigsten Jahr, daß sie in Hamburg regiert, mal allein, mal mit Koalitionspartnern. Und die hat sie anschließend verschlossen, die verschwanden aus dem Parlament.

(Beifall des ganzen Hauses — *Dr. Roland Salchow CDU*: Das kann so bleiben!)

— Das glauben Sie auch nicht, die Verhältnisse sind nicht so.

Nehmen wir es lieber andersherum. Nach einem fünfzehnjährigen, teilweise turbulenten Anlauf treten jetzt zum ersten Mal die Grünen in die Regierung Hamburgs ein. Nicht Thomas Ebermann oder Thea Bock, auch nicht die Frauenfraktion, obwohl Krista Sager ihr angehört hat, sondern die siebte Parlamentsfraktion der GAL schafft ein Ziel, das zunächst gar kein Ziel der GAL war.

Wir wissen nicht, was Herrn Voscheraus bevorzugte Gesprächspartner, die toten Bürgermeister, dazu sagen würden, aber was die lebenden Hamburger dazu sagen, haben wir in den letzten Tagen viel gehört. Es gibt ein unterschiedliches Echo zwischen Ortwin Runde und Ole von Beust; es ist wirklich sehr gemischt. Irgendwo sitzen wir

mittendrin zwischen Postengier und Regierungsunfähigkeit. Aber die Bewertung der Grünen durch sich selbst und durch andere ist heute eine zweitrangige Angelegenheit.

Es geht um die Frage, ob es eine gute Regierung gibt. Können wir guten Gewissens behaupten und versprechen, daß diese neue Regierung für Hamburg, seine gegenwärtige und zukünftige Bevölkerung eine gute Regierung wird? Daß wir dabei sind, ist noch kein hinreichendes Argument. Wir werden einige Indizien vorbringen müssen, die dafür Argumente liefern.

Vorher muß ich allerdings auf die literarische Kritik an der Koalitionsvereinbarung eingehen. Ich bin ganz sicher, daß ich ein bißchen Koautor dieses Wälzers bin, daß es dafür keinen Literaturnobelpreis geben wird.

(*Johannes Mertens CDU*: Hört, hört! — *Erster Bürgermeister Ortwin Runde*: Das weiß man heute nie!)

Aber Herr von Beust hat ein interessantes literarisches Prinzip hier als Forderung aufgestellt. Er hat gesagt, der Text müsse immer so lang sein, wie die Sache wichtig sei. Deswegen ist es falsch, wenn über eine wichtige Sache nur eine Zeile geschrieben wird.

(*Heino Vahldieck CDU*: Ne, nicht ausreichend!)

Vielleicht können Sie uns einmal einen Tip geben, wie lang dann welche Sachen in Zukunft behandelt werden müssen. Das wäre eine hochinteressante wissenschaftliche Frage.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Wir geben euch 'ne Vorlage nächstes Mal!)

— Sie machen das selbst einmal, und dann vergleichen wir das.

Ich wollte aber zu den Dingen reden, die ich als Indiz dafür anführen möchte, warum das doch eine gute Regierung sein könnte, und führe vier Punkte an.

Erstens das Leben in Sicherheit, oder, wie es so schön heißt, die Innere Sicherheit: Daß eine Regierung dafür sorgen muß, daß die Menschen dieser Stadt ein sicheres Leben führen können, ist die eigentliche Existenzberechtigung der Regierung. Sie muß es aber so tun, daß sie sich auch dafür rechtfertigen kann. Auch wenn es kein Zurückweichen vor illegaler Gewalt geben kann, so ist doch die Erforschung und Bekämpfung der Ursachen von Gewalt immer der notwendige zweite Schritt, und hier hat Herr von Beust wieder ein unsinniges Programm aufgestellt. Er hat uns eben vorgeworfen, Prävention helfe nicht gegen die aktuelle Gewalt. Wohl wahr! Deswegen ist aber Prävention um so wichtiger, um die Gewalt von morgen zu verhindern. In diesem Vertrag steht sehr viel über die Bekämpfung der aktuellen Gewalt und, weil das noch wichtiger ist, mehr noch über die Prävention zur Verhinderung zukünftiger Gewalt.

Deswegen und insbesondere wegen der vereinbarten Maßnahmen wie Sicherheitskonferenzen und Einsetzung einer unabhängigen Polizeikommission bin ich davon überzeugt, daß auf diesem Gebiet dieses eine gute Regierung werden kann.

Zweitens Wohlstand für alle:

(*Ole von Beust CDU*: Ludwig Erhard!)

Das ist die zweite wichtigste Aufgabe einer jeden Regierung, dafür zu sorgen, daß es den Menschen gut geht. Das steht in der amerikanischen Verfassung etwas besser, als

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A ich es formulieren kann, aber das gilt für alle Regierungen. Das bedeutet Förderung einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Ausgleichs. Zur Zeit sind beide Dinge sehr problematisch. Das gegenwärtige Auseinanderdriften von Arm und Reich kann durch keine noch so gute Stadtregierung allein beendet werden. Dazu bedarf es zumindest einer anderen Politik in Bonn, insbesondere einer anderen Steuerpolitik. Aber die Stadt kann und muß mit allen Kräften dafür sorgen, daß in ihren Stadtvierteln die Folgen dieser Entwicklung bekämpft werden und die Jugend dieser Stadt eine sinnvolle Lebensperspektive vor sich hat.

Zu beiden Themen äußern sich die Regierungserklärung und die gemeinsame Koalitionsvereinbarung. Besonders spannend und wichtig finde ich, daß an diesem Punkt die Betonung darauf liegt, daß der Weg in die Stadtteile führt. Das gilt nicht nur allgemein für die sogenannte soziale Stadterneuerung, bei der quartiersbezogen möglichst viele Handlungsstränge der Hamburger Politik zusammengeführt werden — das ist wieder so ein Behördendeutsch aus der Koalitionsvereinbarung —, sondern für Aspekte der Bildung, der kommunalen Arbeitsmarktpolitik, der Stadtteilkultur, ja der Stadtreinigung; so kleinteilig wird es dann. Auch die Schaffung von Bürgerämtern gehört dazu. So geht der Staat wieder zum Volk und holt sich durch sinnvolles Handeln Legitimität und Kritik. Wir versprechen uns viel davon für die Entwicklung der demokratischen Kultur in dieser Stadt.

Mein dritter Punkt betrifft die Fremden in dieser Stadt. Wie eine Stadt mit den Fremden umgeht, und zwar sowohl den neuen Fremden wie den alten, noch immer Fremden, entscheidet ihren Charakter und ihr Erscheinungsbild in der ganzen Welt. Bei diesem Thema gab es in der Vergangenheit viele Auseinandersetzungen zwischen GAL und SPD, die bis an die Grenze der gegenseitigen Zumutbarkeit gingen. Was jetzt zum Programm der Regierung geworden ist, halten wir für einen gangbaren Weg, der geeignet sein kann, die Probleme zu lösen, nicht die Probleme zwischen GAL und SPD — die sind bestenfalls Ausdruck für reale Probleme —, sondern den Konflikt zwischen den Interessen der Einheimischen und denen der Fremden. Denn zweifellos muß Einwanderung so stattfinden und Gastfreundschaft so praktiziert werden, daß diejenigen, die schon hier leben, dies akzeptieren. Auf der jetzt gefundenen Basis glauben und hoffen wir, daß es für die ganze Stadt eine gute Entwicklung geben kann.

Das vierte Thema ist die Zukunft der Welt. Spätestens seit den Publikationen des Club of Rome Anfang der siebziger Jahre ist Ökologie Zentralthema der Politik. Sie war es auch schon vor dieser neuen Regierung in Hamburg. Aber diese neue Regierung setzt in dieser Frage neue Schwerpunkte und beschleunigt alte Vorhaben. Der dringend notwendige Ausstieg aus der Atomenergie soll bald begonnen werden. Energiesparen und Produktion regenerativer Energien werden Schwerpunkte, und auch die Verkehrspolitik wird jetzt in die ökologische Debatte mit einbezogen; es gibt keine Nischen mehr.

Mit diesen Zielen und den neuen Schwerpunktsetzungen in der Abfallpolitik kann Hamburg einen lokalen Beitrag zu den globalen Problemen von Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit leisten. Auch dies halten wir für einen Beitrag dafür, daß dieses eine gute Regierung werden kann.

(Beifall bei Dr. Dorothee Freudenberg-Hübner GAL)

Das sind einige wichtige Gründe, die wir als Indiz vorbringen können. Aber dennoch steht dies jeden Tag auf dem Spiel, und innerhalb der vier eng bemessenen Jahre kann viel passieren. Es kann neue Gedanken, neue Handlungen und auch Fehler geben. Es geht ja bei den politischen Entscheidungen in der Regel nicht um Gut und Böse, sondern um Besseres und Schlechteres. Politik ist nicht Religion, es wird nicht alles neu, sondern der Weg ist eher das Ziel.

Damit haben wir jetzt eine neue Regierung und einen neuen Senat. Der von Ortwin Runde gebildete Senat hat solche und solche Mitglieder.

(Dr. Roland Salchow CDU: Die besonders!)

Sehr zu loben ist, daß er in vollem Umfang dem Verfassungsgebot von Artikel 3 entspricht, daß nämlich im Senat als einem kollegialen öffentlich-rechtlichen Gremium Frauen und Männer gleichberechtigt vertreten sind. Es hat sich also gelohnt, im vorigen Jahr eine gute Verfassung zu beschließen.

Freude kommt über die Rückkehr von Frau Peschel-Gutzeit aus Berlin auf.

(Rolf Harlinghausen CDU: Bei wem? — Hartmut Engels CDU: Eher Heiterkeit!)

Sie probiert offenbar alles aus. Erst war sie in einer rein sozialdemokratischen Regierung, dann in einer schwarzroten Regierung in Berlin und jetzt in einer grünroten in Hamburg, buntscheckig wie ihre Mode.

(Rolf Harlinghausen CDU: Wanderpokal!)

Eine ganze Reihe von Senatorinnen und Senatoren, die jetzt wieder im Amt sind, waren in der letzten Legislaturperiode nicht gerade unsere Lieblinge. Dennoch möchte ich, anders als Herr von Beust, sagen, daß sie jetzt eine neue Chance haben und mit Unterstützung der GAL zur Bestform auflaufen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei Rolf Polle SPD)

Eugen Wagner wird mit unserer Unterstützung die Lethargie in seiner Behörde beenden und eine neue Verkehrspolitik gestalten,

(Barbara Ahrons CDU: Sie glauben noch an Wunder!)

in der sowohl Belange der wirtschaftlichen Entwicklung als auch der Ökologie eine Rolle spielen.

(Beifall bei der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Er ist vorsichtshalber rausgegangen!)

Er wird dem öffentlichen Personenverkehr in und um Hamburg einen neuen Schub geben. Im übrigen wird er auch das Zufußgehen fördern, was den mit der CDU gefaßten Beschlüssen der Bürgerschaft der letzten Legislaturperiode entspricht.

Rosi Raab wird mit unserer Unterstützung eine Politik des Dialogs beginnen,

(Heiterkeit bei der SPD und Beifall bei der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Sagten Sie beginnen?)

durch frühzeitige Partizipation der Schulbasis die tiefe Kluft zwischen Schule und Behörde überwinden und die entstandene Mißtrauenskultur durch eine pädagogische Partnerschaft ersetzen.

(Beifall bei der GAL)

C

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A Helgrit Fischer-Menzel wird mit unserer Unterstützung kein Hafenkrankenhaus mehr schließen lassen,

(Heiterkeit bei der CDU)

sondern mit Hilfe von Senator Maier nur noch Sozial- und Gesundheitszentren in St. Pauli aufbauen.

(Beifall bei der GAL)

Hartmuth Wrocklage wird sich mit unserer Unterstützung keine Bettlerdrucksachen mehr diktieren lassen, sondern in der Ausländerbehörde die humane Behandlung der Flüchtlinge und Asylbewerber organisieren.

Natürlich schließen wir die nunmehr grün geleiteten drei Behörden besonders ins Herz. Es sind drei Behörden, die mit der Zukunft zu tun haben, der Zukunft der Stadt im geographischen Sinne, der Bildung als dem Zukunftspotential der Menschen und schließlich der Zukunft von Natur und ihren Produkten.

(*Rolf Harlinghausen CDU: ... und der personellen Zukunft der GAL!*)

Diese Behörden werden wir besonders kritisch beäugen, und an ihnen werden wir ausprobieren, was es bedeutet, als Regierungsfraktion die Regierung zu kontrollieren. Darauf könnt ihr grünen Senatorinnen und Senatoren Krista, Willfried und Alexander euch bestens verlassen.

(Beifall bei der GAL)

Schließlich muß noch etwas zur jetzt im Parlament bestehenden Situation gesagt werden. Wir haben die Zeiten der Opposition nicht ganz vergessen. Wir haben weder vergessen, daß die SPD gern selbstherrlich oder wohl eher aus einer inneren Schwäche heraus die anderen Fraktionen wie lästige Anhängsel behandelt hat. Und wir werden auch nicht vergessen, daß die CDU-Fraktion uns trotz oft großer inhaltlicher Differenzen immer wieder parlamentarische Hilfestellungen gegeben hat.

B

Wir werden uns bemühen, als Regierungsfraktion offen gegenüber der Opposition zu sein, und wollen, daß ab sofort mit dem Unsinn aufgehört wird, Oppositionsanträge, wenn sie schon für richtig gehalten werden, nur in Form von Petita von den Regierungsfractionen anzunehmen.

(*Wolfgang Beuß CDU: Da sind wir aber mal gespannt! — Dr. Roland Salchow CDU: Steht das im Protokoll der heutigen Sitzung?*)

Wir waren stolz darauf, daß wir das Parlament und die Regierung mit unseren Anträgen und Anfragen voll beschäftigt haben. Wir werden lernen müssen, wie dies als Regierungspartei geht, und unseren Arbeitsstil vermutlich ziemlich ändern. Wir hoffen und versprechen Ihnen aber, daß wir lebendig bleiben und dieses Parlament die Tribüne der öffentlichen Debatte von Politik bleiben, ja vielleicht noch besser werden wird.

Die Parlamentszusammenarbeit mit der SPD werden wir üben müssen. Die SPD ist uns als ewige Regierungspartei an Erfahrungen weit voraus, aber nach den neuerlichen Wahlverlusten erst recht auch an Ängstlichkeit, an Scheu vor jedem Risiko. Wir wollen dagegen nicht Leichtigkeit und Leichtsinn als Politikprinzip einführen, aber neuen Mut und Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Ich hoffe, daß das zu einem guten Ergebnis zusammenpaßt. Wir werden auch miteinander Konflikte haben, aber wir haben kein ein-

gebautes Garzweiler. Die GAL wird sich bemühen, erfolgreiches Handeln der SPD in Regierung und Parlament auch als gemeinsamen Erfolg zu begreifen.

C

Schließlich war die Regierungserklärung von Ortwin Runde eine Regierungserklärung einer rotgrünen Regierung, die in diesem Parlament eine klare Mehrheit hat. Wie alle wissen, hat die Mitgliederversammlung der GAL am Sonntag mit großer Mehrheit beschlossen, diese Koalition zu bilden, und es ist für die gesamte Bürgerschaftsfraction ohne Ausnahme Auftrag und Verpflichtung, dieser gemeinsamen Regierung zum Erfolg zu verhelfen. — Ich danke mich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat der Erste Bürgermeister Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir mit großem Interesse, Herr von Beust, Ihre Rede angehört und hatte im ersten Teil den Eindruck, daß Sie Ihre Hoffnungen, die mit der Besetzung von Positionen im Senat durch Sie selbst verbunden waren, noch nicht ganz begraben hatten und dachten, Innovation mit Ihren Vertretern auf Senatssesseln wäre etwas richtig Schönes.

Daß das nicht in Erfüllung ging, hat Ihre Stimmung so sehr getrübt, daß Sie bis hinein in die Wortwahl zum Diffamatorischen übergegangen sind, was ich sehr bedauert habe.

(Beifall bei der SPD)

Dies war für die politische Kultur in dieser Stadt kein guter Beginn.

D

Wenn man sich das einmal sachlich ansieht, muß man feststellen, daß wir einen Senat mit Veränderungen in sieben Positionen haben, mit fünf neuen Personen und einer Konstellation von sechs Frauen und sechs Männern.

(Beifall bei der SPD — *Antje Blumenthal CDU: Durch Verschiebungen wird auch nichts besser!*)

Das ist so viel Innovation,

(Heiterkeit bei der CDU)

wie ich sie auf der rechten Seite des Hauses nicht feststellen kann. Gucken Sie sich untereinander an,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

dann wissen Sie, was da notwendig ist.

(*Antje Blumenthal CDU: Dann müssen Sie mal die Brille auswechseln!*)

Bei Ihrer Rede war für mich von hohem Interesse, was als Gegenentwurf erfolgen würde. Wichtig bei einer solchen Rede ist auch, was nicht vorkommt.

(*Elisabeth Kiausch SPD: Auch das!*)

Wenn ich mir Ihr Drehbuch von der Zeit direkt nach der Wahl und das, was Sie heute gesagt haben, ansehe, fällt mir auf, daß die Frage von Haushaltskonsolidierung, die Solidität der Finanzen, die Verkehrsinfrastrukturprojekte und die Infrastrukturprojekte in dieser Stadt überhaupt nicht vorkamen. Zu Punkten, die in dieser Stadt hoch besetzt waren und auch für die Presse und andere von hohem Interesse waren, haben Sie nichts gesagt.

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A *(Ole von Beust CDU: Die sind doch durch! — Gegenruf von Elisabeth Kiausch SPD: Das ist 'ne Leistung, Herr von Beust!)*

— Eben, die sind doch durch, das stellen Sie fest. Das haben auch viele andere Aufgeregte in der Presse und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen feststellen müssen.

Daß Sie hier das Zuzußgehen so negativ bewerten, habe ich nicht verstanden. Ich würde auch viel lieber umhergehen, als diszipliniert auf meinem Platz zu sitzen und mir Ihre Reden anzuhören. Ich hätte mir von vielen Mitgliedern der Opposition gewünscht, daß sie mehr Sitzfleisch für das Anhören der gesamten Debatte zu dieser Regierungserklärung aufwiesen. Ansonsten sind wir alle gut beraten, mehr zu Fuß zu gehen, das ist auch gesundheitsfördernd.

(Beifall bei der SPD und der GAL — Ole von Beust CDU: Darum geht's doch nicht, Herr Runde!)

Sie kamen dann zu dem schönen Thema Vermögensveräußerung. Da dachte ich: Das ist ja ein verdammt schmaler Pfad, auf den er sich jetzt begibt, wenn er diesen Senat und diese Koalition bezüglich Vermögensveräußerung angreift, dann ordentlich in die Tasten greift und sagt, das dürfe nicht allein zur Deckung von Haushaltsdefiziten dienen, sondern daraus müßten kraftvolle, zukunftsorientierte Investitionen fließen.

(Barbara Ahrons CDU: So ist es auch!)

Und dann lese ich in der Zeitung, daß die Telekom kraftvoll im Defizit des Bundeshaushalts versenkt wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Und wo werden kraftvoll die Anteile des Bundes am hamburgischen Flughafen versenkt? Auch im Defizit des Bundeshaushalts.

(Petra Brinkmann SPD: So ist es auch!)

Wo sehe ich dort die Zukunftsinvestition? Und dann stelle ich fest: Kraftvoll wird die Tilgung beim Erblastentilgungsfonds ausgesetzt. Das sind die erbrachten Einsparungen, das muß man sich einmal vorstellen. Deswegen dachte ich, Herr von Beust wird mit diesem Thema Vermögensmobilisierung in Hamburg sehr vorsichtig umgehen und sich überlegen, ob er nicht in dieser Hinsicht eher die Politik des Senats teilt, weil die sehr viel solider und lobenswerter ist als jene in Bonn.

(Barbara Ahrons CDU: Aber nur aus Ihrer Sicht!)

Was die Wirtschaftspolitik angeht, hatte Ihre Rede ja Anklänge von Ernsthaftigkeit.

(Elisabeth Kiausch SPD: Anklänge aber nur! — Dr. Roland Salchow CDU: Das müssen Sie erst einmal innerparteilich klären!)

Ich habe mich dann gefragt, wo er konkretere Aussagen macht als ich in meiner Regierungserklärung und wo das Zukunftsweisende in diesen Beiträgen ist.

(Barbara Ahrons CDU: Wieso, wir haben doch über Ihre Regierungserklärung gesprochen!)

Ich habe nichts entdecken können. Ich finde es gut, daß wir darin übereinstimmen, daß sich unsere wirtschaftsgeographische Situation verbessert hat und wir insofern gute Zukunftschancen haben. Gerade was den Handel mit dem sich entwickelnden Mitteleuropa angeht, sehe ich

C gute Chancen. In vielen Punkten ist das, was in der Regierungserklärung enthalten war, sehr viel konkreter und zukunftsweisender als das, was Sie gesagt haben.

Mir fehlte auch die Kritik, daß wir uns um das Handwerk und die kleinen Unternehmen nicht kümmerten; das war doch auftaktveranstaltend so angekündigt. Hier sehen Sie aber in der Regierungserklärung genau die Balance zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit durch die Förderung der Innovationskraft der im internationalen Wettbewerb sich befindlichen Unternehmen und der Entwicklung von regionaler und lokaler Wirtschaft. Das hätte zumindest auch einen Beifall Ihrerseits verdient.

(Ole von Beust CDU: War zu kompliziert formuliert!)

Nun zur Kleinteiligkeit, die Sie hier moniert haben. Kleinteiligkeit spielt sicherlich in solchen Verhandlungen immer eine Rolle, hat aber auch den großen Vorteil, daß es jeweils handlungsorientiert und in der Abarbeitung überprüfbar ist.

(Beifall bei der SPD — Petra Brinkmann SPD: So ist es!)

Hier ist Kleinteiligkeit ein Qualitätsmerkmal der Koalitionsvereinbarungen.

(Dr. Roland Salchow CDU: Aha!)

Kleinteiligkeit hat aber nichts mit Kleingeistigkeit zu tun. Die Ausführungen sowohl zu Fragen der Wirtschaft als auch der Kultur sind Beispiele, die dieses belegen.

Bei der Frage nach notwendigen Investitionsschüben stimmen wir zum Teil überein. Bei verschiedenen Verkehrsprojekten, die wir in dieser Stadt durchaus begrüßen würden, haben wir aber die Situation, daß weder auf Bundes- noch auf Landesebene Geld dafür vorhanden ist und auch keiner die Chance hat, bundesweit Prioritäten zugunsten Hamburgs zu verschieben.

Bei Investitionsschüben dann auf die Ausgleichsabgabe für nichtgebaute Stellplätze zu kommen und nicht zu wissen, daß die Zweckbestimmung für die Verwendung dieser Ausgleichsabgabe eine sehr klare ist, macht deutlich, daß man einfach einen Ebenenwechsel vornimmt und sich der Schwierigkeit, vor der wir in dieser Stadt stehen, nicht stellt. Die Schwierigkeit in dieser Stadt ist, daß wir in vielen Bereichen Investitionsprojekte nicht realisieren können, weil wir kein Geld haben. Mir fallen da nicht nur Verkehrsinfrastrukturprojekte ein, sondern Projekte in den verschiedensten Politikfeldern, wo man intelligent und sinnvoll Geld einsetzen könnte.

Wir haben aber die Situation, daß sich die Finanzen von Bund, Ländern und Gemeinden in einer katastrophalen Situation befinden und wir uns mit dieser Mangelsituation auseinandersetzen müssen; und das fehlte bei Ihnen völlig. Was bedeutet es für ein Gemeinwesen, Politik unter den Rahmenbedingungen von Mangel zu machen? Das bedeutet, daß man auch alle gesellschaftlichen Gruppen mit in die Pflicht nehmen muß. Dieses ist die Konsequenz daraus, und diese Ernsthaftigkeit habe ich bei Ihrer Rede wirklich vermißt.

(Beifall bei der SPD)

Was die Drogenpolitik angeht, bin ich der Auffassung, daß wir da, wo es Gemeinsamkeiten in diesem Haus gibt, auch parteienübergreifend diese Gemeinsamkeiten nutzen soll-

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

A ten. Ich sehe durchaus, daß wir schon seit Jahren in intensiven Diskussionen angesichts des Elends der Betroffenen gemeinsam zu neuen Lösungen in der Frage der Substitution, aber auch in weitergehenden Ansätzen gekommen sind; dieses ist erfreulich. Ich wünsche mir, daß wir themenorientiert jeweils überprüfen, ob man zu gemeinsamen Vorstellungen kommen kann. Ich kann mir vorstellen, daß das auf sehr viel mehr Feldern der Fall ist, als es bei den Ritualen, die wir hier im Parlament und zwischen Regierung und Opposition haben, der Fall sein muß. Ich bin dafür, solche Rituale gemeinsam zu überwinden.

Die Herausforderungen, vor denen dieses Gemeinwesen steht, sind Herausforderungen besonderer Art. Wir werden die Herabrechnung der Steuerschätzung aus dem November auf Hamburg in den nächsten Tagen erleben; das wird noch einmal richtig frustrierend für uns alle sein. Es stehen vier Jahre Politik unter schwierigsten Vorzeichen vor uns. Wir müssen alle gesellschaftlichen Kräfte dieses Gemeinwesens zur Bewältigung dieser Aufgaben einbinden, damit wir Zukunft gestalten können, damit wir den Menschen Perspektiven geben können.

Ich fordere Sie auf, bitte Sie und lade Sie ein, sich an diesen Diskussionen ernsthaft zu beteiligen. Dann haben wir auch nach dem Abdanken des ewigen Senats wieder richtig gute Zeiten vor uns. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Professor Salchow.

B **Dr. Roland Salchow** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man den ehemaligen Finanzsenator Runde hier monieren hört, daß Ole von Beust über die Finanzen gesprochen hat, muß ich doch einmal konkretisieren, was man auch Ihnen persönlich vorwerfen müßte, Herr Bürgermeister.

Als Sie 1993 als Finanzsenator angingen, betrug der Schuldenstand der Stadt Hamburg — das ist in den gelbten Büchern nachzulesen — 26,4 Milliarden DM. Am Ende Ihrer Zeit als Finanzsenator betrug der Schuldenstand 35,2 Milliarden DM. Die Differenz läßt sich relativ leicht ausrechnen, das macht 8,8 Milliarden DM zusätzliche Schulden

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Stimmt, stimmt ganz genau!)

in Ihrer Zeit als Finanzsenator.

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Was macht das pro Tag?)

Aber das ist noch nicht alles. In dieser Zeit wurden verkauft — das haben Sie, Herr Schmidt, ja beklagt, als Sie noch in der Opposition waren — die Landesbank, der erste Teil der HEW, der zweite Teil der HEW und die MVA Stapelfeld für zusammen ungefähr 4 Milliarden DM. Das müssen Sie in gewissem Sinne addieren, denn diesen Besitz hat Hamburg ja weggegeben.

Wenn Sie das zusammenfügen, ist der Vermögensverlust Hamburgs in Ihrer Zeit als Finanzsenator in einer einzigen Legislaturperiode um 12,8 Milliarden DM gestiegen. Da verbieten sich die Einlassungen eigentlich, die Sie eben gegen Ole von Beust gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Erhöhung des vorherigen Schuldenstandes um ein Drittel in der einzigen Legislaturperiode, in der Sie

Finanzsenator waren. Darum verbieten sich großartige Worte von Ihnen. C

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Aber Waigel kann das besser!)

Während 1994 Hamburgs Investitionen noch um 1,7 Milliarden DM über den Zinszahlungen lagen, sind nunmehr Zinszahlungen und Investitionen gleichgezogen. Und ab 1998 werden die Investitionen zum ersten Mal in der Nachkriegszeit geringer sein als die Zinszahlungen. Aus der Zeit, in der Sie Finanzsenator waren — ich sage nicht, daß Sie nur persönlich verantwortlich waren —, resultiert, daß die Investitionen erstmals unter den Zinszahlungen für Schulden liegen. Das haben Sie sich selbst — der Finanzsenator dem Bürgermeister — hinterlassen.

Daß es andere Länder besser können, kann man nachlesen. In Bayern ist auch privatisiert worden, und zwar für 3 Milliarden DM. Aber das Geld hat man nicht in die Reparatur des Betriebshaushaltes eingebracht. In Bayern sind von den 3 Milliarden DM 1,5 Milliarden DM an Universitäten und Fachhochschulen gegangen. Das ist doch das Vernünftigste, das man machen sollte, aber was genau Sie nicht gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Weitere 0,5 Milliarden DM sind in neue Technologien geflossen, 0,25 Milliarden DM an junge Unternehmer gegangen. Ähnliches ist in Baden-Württemberg gemacht worden. Man hat die Privatisierungserlöse in Universitäten, Fachhochschulen und Kliniken eingesetzt sowie eine Existenzgründeroffensive aufgelegt.

D Statt dessen steht bei Ihnen in der Koalitionsvereinbarung, daß die Deckungslücke im Betriebshaushalt durch Vermögensverkäufe geschlossen werden soll. Sie wollen nicht das machen, was die anderen Länder vernünftigerweise taten, sondern gerade nur den Betriebshaushalt damit decken. Das ist ein fundamentaler Unterschied zwischen einer Politik, wie wir sie machen würden, und der Politik, wie Sie sie machen werden, und das ist schlecht.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen ändert sich eben nichts. Darum vielleicht auch diese gewisse Langeweile, die heute im Hause herrscht.

„Der finanzielle Gesamtrahmen des Haushalts 1998“

— so steht es in Ihrem Papier —

„und die mittelfristige Finanzplanung sowie die Struktur der Konsolidierungsraten bleiben unverändert.“

Eben, alles bleibt unverändert.

„Neue oder veränderte Maßnahmen sind nur durch Umschichtung oder Effizienzsteigerung möglich.“

Das sind nebulöse Wolken, Sie ändern eigentlich nichts. Wie Sie konzeptionell beim alten bleiben — das ist hier deutlich gemacht worden —, sind Sie auch personell beim alten geblieben.

Irgendwie muß die Sozialdemokratie die letzten beiden Wahldebakel nicht richtig mitbekommen haben. Obwohl die CDU-Performance in Bonn nicht sonderlich gut ist — das kann man auch einmal einräumen, wenn wir so unter uns sind —

(*Uwe Grund SPD:* Die in Hamburg auch nicht!)

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A und obwohl in Hamburg die Medien, die Meinungsmacher und die öffentlich wichtigen Leute der SPD eher wohlgesonnen sind, haben sie einmal 8 Prozent und erneut 4 Prozent verloren. Doch Sie — die SPD — lassen die Dinge unverändert. Sie sind verwundert darüber, daß Ihnen die Zuneigung entzogen wurde, und Ihre Auffassungsgabe hält mit diesem Faktum nicht Schritt.

Sie zeigten eben auf uns, Herr Bürgermeister. Bei uns sind von 46 Abgeordneten 24 Leute neu in dieser Bürgerchaftsfraktion. Das nennt man Erneuerungsprozeß und könnte vielleicht als Vorbild dienen.

(Beifall bei der CDU)

Sie nutzen ein Wahldebakel als Incentive, um unzureichende Methoden zu konservieren. Lediglich der Mehrheitsbeschaffer wird ausgetauscht: Grün statt STATT. Was bleibt, ist — das vermute ich, und ich habe a priori Mitleid mit Ihnen — das Aushebeln des Koalitionspartners. Von der STATT Partei war gegen Ende der Legislaturperiode makroskopisch nichts mehr wahrnehmbar. Wer wird hier eigentlich vermißt? Den Grünen kredenzte nun die herrschende Partei in für die Grünen wichtigen Punkten Prüfungsaufträge, zum Beispiel Nachfragen nach dem Gemüt der EU-Kommission bei der DASA, und als Hauptpreis den Ausstieg aus dem Kernkraftwerk Brunsbüttel. Wie flach in Wirklichkeit auch dieser Ball gehalten wird, werde ich gleich zeigen.

Am 5. November konnte man in der „taz“, geschrieben von Silke Mertins, über die Erfolge der Grünen lesen. Die Erfolge der Grünen, das sind diese drei schönen Dinge:

Erstens der Kompromiß um die DASA-Erweiterung.

- B Zweitens der geplante Atomausstieg aus Brunsbüttel.

Drittens die „Hamburger Ehe“ der Schwulen und Lesben.

Schauen wir uns das etwas näher an. Der Atomausstieg funktioniert nicht — das werde ich Ihnen gleich darlegen —, weil es nicht machbar ist.

Zur DASA hat man uns in der Debatte vor zwei Wochen gesagt: Das alles sei nur ein Scheinkompromiß, die Sache laufe. Das ist also gar kein Kompromiß, sondern nur ein vager Prüfauftrag, der eh so ausgeht, daß Sie daraus keinen Honig werden saugen können.

Wenn diese beiden Punkte wegfallen, dann bleibt — der „taz“ glaubend — als wichtigste grüne Errungenschaft in dieser Koalition die „Hamburger Ehe“. Ich gratuliere, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Ich glaube nicht, daß es uns mit der SPD viel besser ergangen wäre. Selbst die öffentliche Meinung, eine große Koalition wegen der großen Probleme befürwortend, hätte die SPD vermutlich nicht partnerschaftsfähiger gemacht.

Auf der anderen Seite ist die SPD ja sehr flexibel. Im Mai hatten Sie einen Landesparteitag. Da wählten Sie Dr. Voscherau, und zwar fast einstimmig. Am 3. Mai schrieb die „Bild“-Zeitung:

„Das dreißigseitige Wahlprogramm der SPD unter dem Motto ‚Von Hamburg verstehen wir mehr‘ wurde vom Parteitag einstimmig beschlossen — nach nur 35 Minuten Beratung. Walter Zuckerer: ‚Das ist ein neuer Rekord.‘“

Die „taz“ am 3. Mai:

„Genossen geben Pfötchen“

— Sprache Mertins natürlich —

„Voscherau ist Spitzenkandidat und Programm.“

Ebenso Peter Ulrich Meyer vom „Abendblatt“: Voscherau, das Programm der SPD. Voscherau erhielt 275 Ja-Stimmen, mehr als alle anderen.

Die SPD — was ist das eigentlich für eine Organisation? Genauso einstimmig, wie Sie im Mai dem antigrünen Bürgermeister zustimmten, stimmte Ihr Parteitag vorgestern einmütig für das genaue Gegenteil, für rotgrün.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Das ist Erneuerung!)

Ich habe den Eindruck, als sei der SPD-Parteitag eine flexible Masse, schlicht und einfach biegsam und majoritätsgeschmeidig. Etwas Eigenes aus der SPD: Fehlzanzeige.

(Beifall bei der CDU)

Wie opportunistisch die SPD geworden ist, erkennt man auch hieran. Voscherau sagte auf dem Parteitag im Mai: Law and order is an labour issue. Wem Tony Blairs Meinung nicht paßt, der soll mir seine Stimme nicht geben. Rechtsfrieden ist ein SPD-Thema! Voscherau erhielt 275 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen. Aber hinterher haben Ihre Linken gesagt: Der Voscherau hat doch die Wähler in die falsche Küche getrieben. Er hat schuld. Und von der SPD-Baracke in Bonn wurde ein Papier herausgegeben: Voscherau sei weit weniger beliebt gewesen als die SPD.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Druckfehler!)

Zwei Tage später konnte man in einer vierzehnteiligen Studie lesen: Voscherau unpopulärer als die SPD. Keiner, der einmal an einem Wahlstand gestanden hat, konnte das glauben. Wiederum zwei Tage später wurde revoziert. Zur Entschuldigung sagte Müntefering, das sei ein Rechenfehler gewesen. Glauben Sie, daß auf 14 Seiten ein Rechenfehler passiert ist? Ich habe eher den Eindruck, daß das — in Ihrem eigenen Laden — eine Intrige war.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich Ihnen noch sagen, warum der Kernenergieausstieg von Brunsbüttel eine Chimäre ist. In Ihrer Koalitionsvereinbarung steht:

„Die Koalitionspartner werden sich im Aufsichtsrat der HEW für eine ausstiegsorientierte Geschäftspolitik ... einsetzen. Der Aufsichtsratsvorsitz ... wird wegen der großen Bedeutung ... künftig durch den Ersten Bürgermeister wahrgenommen.“

Das, Herr Senator Porschke — meine Verehrung —, ist doch das erste Mißtrauensvotum gegen Alexander Porschke. Sonst wäre er doch Aufsichtsratsvorsitzender der HEW geworden, weil dieses immer der Umweltsenator war. Die Tatsache, daß es der Erste Bürgermeister sein soll, ist schon eine erste Sicherheitsmaßnahme der SPD gegen die Grünen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann heißt es:

„Die Koalitionspartner werden sich ... um eine Verständigung über die Kündigung des Kernkraftwerk-Brunsbüttel-Gesellschaftsvertrages ... mit Wirkung zum Jahr 2002 bemühen.“

C

D

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A Die zuständige Behörde wird ... gutachterlich prüfen lassen, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, bestehende Kernkraftwerke stillzulegen und statt dessen neu zu errichtende Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke zu betreiben.“

Die GAL hat dieses in den Koalitionsgesprächen als einen großen Verhandlungserfolg dargestellt. Es galt, die grüne Basis zu befrieden; ein AKW weniger an der Elbe macht sich gut.

Früher waren immer kritische Leute in der GAL,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ne, nie!)

heutzutage kann man die grüne Basis leicht befrieden, erst einmal ökologisch.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Sie werden das nicht verstehen!)

— Herr de Lorent, Sie verstehen auch etwas von Gas? Die Alternative ist das Verbrennen von Gas.

Wenn man sich dann vom Gas abhängig macht — das geschieht in verschiedenen Staaten Europas —, dann hängt doch alles an der Konstanz der Gaslieferung aus Rußland. Das müssen Sie einfach sehen.

(Axel Bühler GAL: Norwegen oder Holland oder Großbritannien!)

80 Prozent des Erdgases, das wir benutzen, kommt aus dem Ausland.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Wie lange kommt denn schon das Gas aus Rußland?)

- B 33 Prozent aus Rußland, Herr Schmidt, und 47 Prozent aus verschiedenen Ländern Westeuropas. Aber der größte Einzellieferant ist die „Gazprom“ aus Rußland. Da die südliche Gasleitung bisher über die Ukraine im Winter immer leer ist — wenn Sie es jetzt überprüfen würden, könnten Sie feststellen, daß kaum noch Druck darin ist —, will man jetzt für viele Milliarden DM eine neue Leitung im Norden bauen und meint, das Gas würde damit billiger. Wahr ist, daß das Gas nicht billiger wird. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß es pro Kilowattstunde ein Drittel teurer ist als der real existierende Kernstrom.

In der Koalitionsvereinbarung steht: Ausstieg, aber nur, wenn die Wirtschaftlichkeit dabei nicht gefährdet wird. Und genau aus diesem Grunde ist der Ausstieg eine Chimäre. Es ist nur hineingeschrieben worden, damit Sie Ihre Basis beruhigen. Ansonsten steckt gar nichts dahinter.

(Beifall bei der CDU — Axel Bühler GAL: Lassen Sie sich überraschen!)

Wo liegt denn eigentlich das Ökologische bei Ihnen? Sie könnten sich auch erzählen lassen, daß im Vergleich zur Kohleverbrennung bei der Gasverbrennung immerhin 67 Prozent CO₂ entstehen. Wenn Sie von der Kernenergie in die Gasverbrennung einsteigen, erhöhen Sie den Treibhauseffekt. Wohin sind die Grünen gekommen, wenn sie so elementare Dinge unter den Tisch fegen?

(Dr. Martin Schmidt GAL: Es geht abwärts!)

Wenn Sie von Kernenergie auf Gasverbrennung umsteigen, dann erhöhen Sie den CO₂-Output und verstärken den Treibhauseffekt. Das ist das Ergebnis heutiger grüner Politik.

(Beifall bei der CDU)

Noch ein paar Anmerkungen zur Bildung, weil dieses Thema — wie ich finde — bei Ihnen ebenfalls unterbelichtet ist.

Alle Untersuchungen zeigen, daß das deutsche Ausbildungssystem schlecht ist. Der Bundespräsident hat darüber eine große Rede gehalten. Leistung und Wissen wird nicht eingefordert. Das gilt insbesondere für Hamburg; Globalisierung ist auch ein Thema für die Bildung. Statt dessen träumen die Linken jahrzehntelang von der Gesamtschule und meinen, daß das Problem damit lösbar ist. Das ist aber nicht der Fall.

Der Bundespräsident hat darauf hingewiesen, daß 15 Prozent der Lehrstellenbewerber nicht ausbildungsfähig seien, weil die erforderlichen Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen fehlen. Speziell in Hamburg haben im Jahr 1990 8,7 Prozent der Schüler die Schule ohne Schulabschluß verlassen. 1996 waren es schon 11 Prozent. Das ist eine erhebliche Steigerung. Das heißt, das Schul- und Ausbildungssystem ist gerade in Hamburg sehr schlecht. Herr de Lorent wird es bestimmt genauso sehen.

Wir brauchen bessere Perspektiven für die jungen Leute, weil die Schul- und Hochschulbildung stärker auf den beruflichen Alltag ausgerichtet wird und sich auch die Universitäten ihrerseits auf Veränderungen in der Berufswelt einstellen müssen.

Man muß sich wirklich fragen, ob es in einer solchen Zeit weise ist, mit dem Signal der sechsjährigen Grundschule, diesem alten Modell, wiederzukommen. Wir können überall feststellen, daß die Leistungsdifferenzierung unseres Ausbildungssystems ungenügend ist.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz)

Was aber machen Sie in Hamburg? Sie fahren wie ein Falschfahrer genau in die falsche Richtung und sagen: Wir wollen die Leistungsdifferenzierung noch um zwei weitere Jahre verhindern, von vier Jahren auf sechs Jahre Grundschule. Das ist zwar nur als Modell gedacht, aber das Signal, das Sie damit setzen, ist absolut anachronistisch, weil es die Leistungsdifferenzierung nicht fördert, sondern sie verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Diejenigen, die nachher dafür bezahlen müssen, weil ihre Zukunft nicht mehr gesichert ist, sind die heute jungen Leute, die in einigen Jahren, wenn sie sich jobmäßig im globalen Wettbewerb behaupten müssen, keine Chance haben. Das wäre dann das Ergebnis Ihrer Politik.

Ich will zu einem letzten Punkt kommen,

(Michael Dose SPD: Bravo!)

zu den Anmerkungen des Bürgermeisters, warum Gespräche mit der CDU nicht zum Ziel geführt hätten. Sie haben gesagt, es würde keine Chance bestehen, die SPD-Ansätze in der Bundespolitik für eine bessere Arbeitsmarkt- und Finanzsituation zu nützen. Nun möchte ich gern wissen, wie denn diese fortschrittlichen Ziele der Bundes-SPD in dem Punkt aussehen. Wo sind denn die SPD-Konzepte? Und bieten sie Ihnen in dieser Debatte irgendeinen Unterschlupf?

(Dr. Monika Schaal SPD: Wer regiert denn in Bonn?)

C

D

(Dr. Roland Salchow CDU)

- A Wenn Sie den Kongreß vor zwei Wochen verfolgt haben, konnte man hören: Verkürzung der Arbeitszeit, Steigerung des Arbeitseinkommens und der Kaufkraft. Das ist eine gewerkschaftliche Steinzeitforderung: Löhne und Kaufkraft erhöhen, damit würde man den Wirtschaftskreislauf verbessern. Das hat man sehr deutlich von Herrn Lafontaine gehört. A la bonne heure. Damit ist doch gemeint, daß für den gleichen Lohn mehr Leistung einzubringen ist. Früher hat man das „Geld drucken“ genannt, und Goethe hat im „Faust II“ seine Possen darüber gerissen. Da kann man wirklich nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Hans Apel hat das auch getan. Er hat das „quatschest“ genannt als Steigerung von Quatsch. Ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts entstehe durch den Export. Mehr Lohn macht diese Produkte teurer und schwerer verkäuflich, schreibt Hans Apel, und das ist völlig richtig.

(Werner Dobritz SPD: Der Mann war doch Physiker, der hat davon doch gar keine Ahnung!)

Der Vorschlag von Lafontaine, einigen Gewerkschaftern und vielleicht auch von Herrn Dobritz bewirkt doch nur eines: mehr Arbeitslosigkeit. Wenn für die gleiche Leistung mehr Lohn gezahlt werden muß, erhöht sich die Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Die Lohnkosten pro Arbeitsproduktivität, Herr Dobritz, sind in den Niederlanden seit zehn Jahren nicht mehr und in der Bundesrepublik Deutschland um 20 Prozent gestiegen mit dem Ergebnis, daß die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden nicht mehr gestiegen ist, aber in Deutschland.

- B Wer darum mit solchem Konzept kommt, wie es Lafontaine tut, verscherzt weitere Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß auch die Grünen im Bundestag das so sehen; damit Sie nicht an der falschen Stelle klatschen. Frau Wolf aus Ihrer Bundestagsfraktion, eine Realta, hatte diese Vorschläge, die die SPD in ihr Grundsatzprogramm aufnehmen will, als „oberflächlich und Traumtanz“ bezeichnet, die SPD ratlos. Besser sei es, sagte die grüne Frau Wolf, die Steuern zu senken. Wie schön, daß die Grünen in solchen Punkten auch einmal recht haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich erspare es mir, auf die Fragen der Umwelt- und Energiepolitik näher einzugehen, weil die Zeit vorangeschritten ist. Dazu werden wir noch genügend Zeit miteinander verbringen. Ich habe allerdings festgestellt, daß die meisten Verse in Ihrer Koalitionsvereinbarung überhaupt nichts Neues bringen.

Die Bearbeitung von Altlasten soll 2010 zum Abschluß gebracht werden. Das hatten Sie vorher auch schon beabsichtigt.

(Dr. Holger Christier SPD: Ist ja auch noch nicht 2010!)

Oder: Hinsichtlich der naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen soll eine Bilanzierung erfolgen.

Auch das ist nicht neu. Auch auf Ihrem eigensten Gebiet der Umweltpolitik ist bei Ihnen nichts passiert.

C Ich fasse zusammen: Hinsichtlich einer Reform des ÖPNV steht nichts im Koalitionsvertrag. Es wird keine Bahn gebaut.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Können Sie denn nicht lesen?)

Zum Flughafen sollen wir weiter mit dem Auto statt mit der Schnellbahn fahren.

(Dr. Holger Christier SPD: Mit dem Bus!)

— Oder mit dem Bus. Man stelle sich das einmal vor: Wenn Herr Dr. Schmidt in Florida Urlaub machen möchte, müßte er mit zwei Koffern unter dem Arm in die Straßenbahn steigen, die von Station zu Station zuckelt, um dann vom Flughafen aus nach Florida zu gelangen.

In Hamburg sind 95 000 Menschen arbeitslos, und Sie machen in Ihrem Programm lediglich vage Anmerkungen.

Hamburg hat den dritthöchsten Gewerbesteuerhebesatz der deutschen Großstädte, und Sie wollen das in Ihrem Programm nicht ändern.

Jedes Jahr wandern 150 Handwerksbetriebe ab. Sie haben in Ihrer Koalitionsvereinbarung dazu kein Konzept.

Die Hamburger Industrie verliert jedes Jahr 5000 Arbeitsplätze. Eine Antwort darauf wird nicht gegeben.

Wir fordern als Ziel einer neuen Politik, daß die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Entfaltung der Wirtschaft geschaffen werden müssen, damit die Menschen ihren Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen können.

(Uwe Grund SPD: Was für eine Luftblase!)

D Sozialpolitik kann Wirtschaftspolitik nicht ersetzen. Darum ist Ihre Koalitionsvereinbarung auf Sand gebaut. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Jan Ehlers.

Jan Ehlers SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ereignis, das hier stattfindet, ist eine Regierungsbildung auf der Grundlage einer Koalitionsvereinbarung. Und Koalitionen — das wissen wir — sind Bündnisse von Parteien zur Bildung und Unterstützung einer Regierung. Dabei ergibt sich — wie bei jeder Triade —, notwendigerweise das Verhältnis zwei zu eins; es ist das Bündnis zweier Parteien gegen eine andere, hier gegen die Opposition. Das hat mich etwas milde gestimmt, weil es doch ein bißchen viel ist — auch wenn Sie zahlenmäßig etwas zugenommen haben —, was nun alles auf Sie niederprasselt, was SPD und GAL an Vorstellungen entwickelt haben.

(Bernd Reinert CDU: Wenn da wenigstens was wäre!)

Aber mit der Milde ist es nach der Rede von Herrn Professor Salchow vorbei. Muß ich mir in dieser Stadt diesen volkswirtschaftlichen Exkurs angesichts eines Kanzlers anhören, der uns verspricht, die Arbeitslosigkeit binnen Kürze zu halbieren, wir aber in Wirklichkeit im letzten Jahr eine Zunahme von wiederum 500 000 Arbeitslosen in dieser Republik zu verzeichnen haben, von denen leider sehr viele in dieser Stadt mit dieser Situation als Ergebnis

(Jan Ehlers SPD)

A christdemokratischer Politik leben müssen? Muß ich mir das anhören?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben unserem Koalitionspartner vorgeführt, wie sehr er über den Tisch gezogen worden ist. Es hat auch sehr viel Freude gemacht, mit solchen Kategorien in den Medien zu arbeiten. Wer aber in dieser Stadt nicht mitbekommen hat, daß solche Kategorien eben nicht helfen, die Zukunft zu meistern,

(*Bernd Reinert CDU*: Der ist über den Tisch gesprungen!)

der bekommt auch nicht mit, welche Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis gezogen worden sind. Was wäre denn passiert, wenn wir mit Ihnen eine Koalition gebildet hätten? Der Bürgermeister hat gesagt, prinzipiell wäre das — auch mit ihm — möglich. Dann hätten wir gar nicht zu verhandeln brauchen. Mit Ihnen hätten wir doch einfach unsere Wahlaussage unterschrieben bekommen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie haben den Mund etwas zu voll genommen, wenn Sie, Herr von Beust, als Oppositionsführer mit einer Rede antreten, die uns, die wir etwas länger dabei sind, in vielen Teilen bekannt ist.

(*Elisabeth Kiausch SPD*: Aber sehr!)

Dem Bundeskanzler ist es auch schon einmal passiert, daß seine Neujahrsrede zweimal gesendet worden ist, aber das war aus Versehen. Aber Sie wiederholen Ihre Rede ständig bewußt, und das ist nicht zumutbar.

(Beifall bei der SPD)

B

Wir Sozialdemokraten haben bei dieser Wahl Federn gelassen, wir haben eine Wahlniederlage erlitten. Bürgermeister Henning Voscherau hat persönlich daraus eine Konsequenz gezogen, die, glaube ich, von allen in Hamburg als eine sehr noble und anständige Umgangsform mit einem Wahlergebnis gewertet worden ist.

Die Frage, die sich jetzt stellt, ist: Was haben wir denn daraus gelernt? Ich möchte es verdeutlichen, weil für uns klar ist, daß es sich um zwei Parteien handelt, die eine Koalition bilden.

(*Antje Blumenthal CDU*: Wie oft wollen Sie das noch wiederholen? Wir können zählen, wir wissen, daß es zwei sind!)

— Es geht nicht um Adam Riese, sondern es geht auch um das Verständnis, daß mit diesem Bündnis zwei verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Wertvorstellungen versuchen, etwas Gemeinsames auf den Weg zu bringen. Das ist das Neue für die Bevölkerung in dieser Stadt.

In der Bevölkerung ist die Stimmenmehrheit für einen solchen Versuch längst vorhanden, daß die Politik, die das lange Zeit nicht hinbekommen hat, daraus nun etwas Konstruktives macht. Das erfüllt sich jetzt in gewisser Weise, wenn auch viele befürchtet haben, daß das nicht ginge. Die Befürchtungen sind von den Wirtschaftsverbänden, den Kammern und von den Arbeitgebern sehr deutlich geäußert worden, auch mit harschen Worten. Aber gucken Sie sich das Ergebnis doch an. Das resultiert nicht daraus, weil über den Tisch gezogen worden ist, sondern weil es sehr bewußt von den Koalitionspartnern gewollt war. Alles, was zur Sicherung der Grundfunktionen dieser Stadt bei-

trägt, um die Wirtschaftskraft und damit die Arbeitsplätze zu erhalten, ist bewußt mitgetragen worden. Eigentlich hätte es einer Entschuldigung all jener bedurft, die vorher den Mund weit aufgerissen und gesagt haben, welche Gefahren auf die Stadt zukämen, wenn SPD und GAL versuchten, ein Senatsbündnis zu finden. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Als kritischer Punkt ist nur noch jener Hoffnungssatz verblieben: Aber nun dieses bitte auch umsetzen! Mit diesem Vorsatz, dieses umzusetzen, treten wir auch an. Denn die Wahrheit ist nicht das, was im Koalitionsvertrag steht, sondern das, was wir daraus in den zukünftigen Monaten und in den vier Jahren gemeinsam machen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht um die unverkennbare Identität zweier Parteien, die bei einem solchen Bündnis erhalten bleibt.

Bei Herrn Schmidt habe ich gespürt, daß über die Grundfunktionen der Stadt und deren Sicherung hier zum ersten Mal ein Beitrag geleistet worden ist, der sicher auch in den Augen vieler Mitglieder meiner Fraktion Anerkennung findet, weil wir dies in der Vergangenheit so noch nicht gehört haben. Aber es stimmt natürlich. Herr Dr. Schmidt, Sie sind sicherlich der bedeutendste altphilologische Politiker der Neuzeit.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Franz Josef Strauß war auch Altphilologe!)

— Aber der war nicht so bedeutend wie Sie. Sie werden uns bestimmt noch vormachen, daß man als Politiker auch im hohen Alter Lernprozesse erfolgreich bestehen kann. Denn das wird auch nötig sein.

Mit der Leichtigkeit, die wir auch alle genießen, wird das in den vier Jahren nicht immer gehen. In Ihrer Rede gibt es zwar Passagen, die uns freuen, aber es sind auch sehr viele Anmaßungen enthalten. Wir werden uns hüten, das bei Ihnen auch anzuwenden; wir wollen bei Ihnen nicht gewaltsam Lernprozesse durchsetzen.

(*Dr. Hans-Peter de Lorent GAL*: Gewaltfrei!)

Wir legen Wert darauf, daß dieses eine Koalition wird, in die sich beide mit ihren Vorzügen einbringen, und daß das Positive gedoppelt oder vervielfacht wird. Natürlich behalten wir unsere Grundposition bei, das heißt, wir halten an den Grundfunktionen der Stadt fest. Das ist nicht sozialdemokratisch, sondern schlicht notwendig, eigentlich für alle, die Politik in dieser Stadt betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen das aus unserer Tradition heraus, weil wir — das ist nun schon über 130 Jahre her, aber es gilt immer noch — von der Entstehungsgeschichte her eben eine Partei sind, die aus dem Kampf der Arbeiterschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft entstanden ist. Sie sind eine Öko-Bewegung, die ...

(Zuruf von der GAL)

— gewesen.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

— War nicht so gemeint. Sie haben sich zu einer politischen Partei gemausert, die aus der ökologischen Bewegung entstanden ist. Das sind unterschiedliche Ansätze,

C

D

(Jan Ehlers SPD)

A die aber in dem Teil, der vor uns liegt, miteinander verbunden werden müssen. Unseren Wählern, den Anhängern unserer Partei, liegt genauso wie den Ihren daran, daß wir die Ressourcen nicht zerstören, die unsere Kinder und Enkelkinder brauchen. Das ist auch eine Akzentuierung der Politik, die wir mit Ihnen zusammen betreiben wollen. Das wird auch akzeptiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Dazu stehen wir, und das werden wir auch gemeinsam machen.

Das heißt allerdings auch, daß wir empfindsam hinhören werden, wenn der Versuch gemacht werden sollte, das zu verhöhnern, was wir als „unsere gute Tradition“ verstehen. Diese Tradition orientiert sich sehr stark daran, die Interessen der sozial Benachteiligten zu vertreten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist in unserer Gesellschaft etwas unwillig aufgenommen worden, auf über Sechzigjährige zu hören. Deswegen versuche ich es einmal mit einer Hundertjährigen. Paula Karpinski, die ehemalige Jugendsenatorin, hat kürzlich ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Sie hat sich mit ihren 100 Jahren ans Rednerpult gestellt und gesagt — das ist auch für Sozialdemokraten immer hörensenswert —: Es kommt auf die Wirtschaft und auf die Menschen an! Wirtschaft ist für sie nie Unternehmerwirtschaft gewesen, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Arbeitnehmern und von Unternehmern. Es ist etwas, was gemeinsam getan wird, und das Ergebnis sollte der Wohlfahrt aller dienen. Wichtig dabei ist, daß es gemeinsam erwirtschaftet wird. Alles in dieser Stadt ist von Menschen gemacht worden. Deswegen muß Politik auch für Menschen gemacht werden. Das müssen wir gemeinsam versuchen.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Frau Antje Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eine vierseitige Rede vorbereitet und wollte sie schon fast weglegen, aber zum Schluß hat Herr Ehlers dann doch noch die Kurve bekommen, weg von der Öko-Bewegung — das war gut —, aber wieder hin zu dem Schwerpunkt der Sozialdemokratie, dem sozialen Bereich.

Dann sage ich doch noch etwas zu dem, weswegen wir sagen, daß dieses Rotgrün kein Lustprojekt geworden ist, sondern eines, bei dem wir sehr viel arbeiten und in manchen Bereichen auch sehr vorsichtig miteinander umgehen müssen. Nicht alle Themen sind geeignet, auf die Art und Weise, wie Sie immer so wunderschön reden können, hier besprochen zu werden. Wir hätten uns sehr viel mehr an Verständigung, an gemeinsamen Projekten und Konzepten im Bereich der Migrantinnen- und Flüchtlingspolitik gewünscht. Das ist nicht gelungen. Ich glaube, wir müssen sehr vorsichtig und behutsam in diesen Bereichen miteinander umgehen, aber ich denke, das wird gelingen.

Ich wollte noch sehr viel mehr zu den Projekten sagen, die wir als GAL-Fraktion in dieser rotgrünen Koalition umsetzen möchten. Aber jetzt muß ich doch viel zu Herrn Salchow sagen. Herr Salchow, Sie haben den Umweltbereich wirklich nicht richtig gelesen. Sie haben nichts darüber gelesen oder zumindest nicht gesagt, was wir im Bereich der

Entsorgung vereinbart haben. Alles Sachen, die wir schon immer haben wollten, aber nie gelungen sind. Jetzt stehen sie darin. Sie haben nichts dazu gesagt, daß es bei den Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen endlich ein Konzept geben wird, nämlich die Flächen nicht nur zu bilanzieren, sondern auch die naturräumliche Eingriffsregelung tatsächlich umzusetzen. Das haben Sie nicht gesagt, das haben Sie nicht vorgelesen. Das ist neu in dieser Stadt. Ohne Rotgrün hätte es das immer noch nicht gegeben.

C

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Aber die Forderung gab es schon immer!)

— Die Forderung gab es schon immer, aber jetzt setzen wir sie um.

(*Dr. Roland Salchow CDU:* Das ist nicht mehr als eine Forderung!)

— Nein, das ist der Beginn der Umsetzung. Das ist doch klar.

Wir haben auch bei der sogenannten Hamburger Ehe viel mehr erreicht, als Sie es skizziert haben. Vielleicht hat die „taz“ das nicht richtig formuliert. Das ist nicht das einzige, was wir aus dieser rotgrünen Koalition mitgenommen haben, sondern es ist das erste Mal, daß eine rechtlich verbindliche Absicherung von gleichgeschlechtlichen Paaren vereinbart wurde. Das ist neu, und das ist ein wichtiger Schritt in Richtung auf weniger Diskriminierung.

(Beifall bei der GAL, bei *Lutz Kretschmann* und *Dr. Andrea Hilgers*, beide SPD)

Frau Kiausch hat schon viel zu dem, was wir im Frauenbereich erreicht haben, formuliert. Wir wünschen uns sehr, und ich glaube, es wird gelingen, daß es wieder einen Frauenausschuß in dieser Bürgerschaft geben wird. Der soll keine Nischenpolitik machen und auch nicht all die Dinge bekommen, die man sonst nirgendwo klären kann, sondern es geht darum, deutlich zu machen, daß alle Politikbereiche auch etwas mit Frauen zu tun haben. Vielleicht sollte man sich, wenn man heute noch einmal zum Zeitungslesen kommt, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Gemüte führen, wo immerhin formuliert wurde, daß auch die europäischen Richter die Tendenz bescheinigen, daß Männer bei gleicher Qualifikation aufgrund von Vorurteilen und stereotypen Vorstellungen bevorzugt werden. Das wollen wir ändern, das fangen wir jetzt an, und das geht jetzt sofort los.

D

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers* und *Carmen Walther*, beide SPD)

Ein Bereich ist mir noch zu kurz gekommen. Wenn wir schon so ins Detail gehen, dann mache ich das an dieser Stelle auch noch einmal. Wir haben im Schulbereich noch sehr viel mehr erreicht, als bisher durch die Presse gegangen ist.

Es ist gelungen, zwischen SPD und GAL die ausdrückliche Anerkennung der Muttersprache im Rahmen der schulischen Bildungsgänge zu vereinbaren. Es gibt eine Verständigung darüber, daß bilinguale Züge da eingerichtet werden, wo sie notwendig sind. Das ist wichtig für all die ausländischen Flüchtlingskinder, Migrantinnenkinder, all die fremdsprachigen Kinder in unseren Schulen. Das ist ein Element der Integration, was es so noch nicht gab und was wir einführen werden. Das ist etwas Neues, und das wird in den Schulen sehr viel bewegen. Wir werden sehen, ob es uns nicht dadurch gelingt, all die Probleme, die sich

(Antje Möller GAL)

A möglicherweise aus nicht gelungener oder auch nicht gewollter Integration in der Stadt immer noch ergeben, schon im Ursprung zu reduzieren. Das wäre uns ein großes Anliegen. Ich habe es auch so verstanden, daß das das Anliegen der SPD ist, daß dieses angegangen und versucht wird, schon da mit der Prävention von Problemen, die wir später hier oder im Eingabenausschuß immer wieder diskutieren, anzusetzen und sie zu verhindern.

Dann haben wir noch etwas Konkretes über Altlasten vereinbart. Das haben Sie auch nicht vorgelesen, Herr Salchow.

(Heino Vahldieck CDU: Soll er denn alles vorlesen?)

— Doch, er hat so getan, als hätte er alles vorgelesen. Das hat er alles vergessen.

(Bernd Reinert CDU: Er hat alles gelesen!)

Ich sage jetzt noch etwas zu den Altlasten.

Bis zum Jahre 2010 — und das ist auch neu, bisher gab es dieses Datum nicht — sollen die Altlasten abgearbeitet werden, möglichst saniert, wenn es nicht anders möglich ist, auch gesichert.

(Dr. Roland Salchow CDU: Das hat Vahrenholt auch schon verkündet!)

Ich habe noch eine Altlast im Rathaus gefunden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Mit der machen Sie doch gerade eine Koalition!)

B — Nein, nicht die, mit der wir koalieren, sondern eine, die von dem damaligen Umweltsenator nicht angenommen worden ist. Die übergebe ich nämlich jetzt dem neuen Umweltsenator, und damit schließe ich meine Rede.

(Beifall bei der GAL — Dr. Roland Salchow CDU: Ich weiß nicht, ob die SPD als Altlast gemeint war!)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu Anfang herrschte bei mir durchaus noch eine gewisse Spannung, als ich in der Koalitionsvereinbarung lesen konnte, daß dieser Senat ein auf zwei Säulen stehendes neues Gesamtprogramm Soziale Stadterneuerung und Stadtentwicklung ins Leben rufen will. Für einen Moment schien wirklich einmal etwas Neues aufzutauchen, ein neuer Lösungsansatz für die Probleme in vielen Stadtteilen. Aber, wenn man dann etwas weiterlas, wurde in den nächsten Zeilen völlig klar, daß nur die Überschrift neu ist. Dieses auf zwei Säulen aufgebaute Gesamtprogramm hat als erste Säule die Sanierungsverfahren nach Baugesetzbuch. Diese Verfahren sind erstens überhaupt nicht neu, und zweitens sind sie auch in Hamburg nicht neu.

Die zweite tragende Säule besteht aus mehreren Bausteinen, die ebenfalls keine unbekannt sind. Sie heißen Revitalisierungsprogramm, Armutsbekämpfungsprogramm und soziale Erhaltungsverordnung. Neu ist davon nichts. Nur koordiniert werden soll besser. Es ist zwar notwendig, besser zu koordinieren, aber es ist nicht genug, Herr Dr. Schmidt. Die Abstimmungsprobleme mit den Programmen anderer Behörden bleiben ungelöst. Zu diesem Punkt kann ich einmal aus der letzten Evaluation des Armutsbekämpfungsprogramms zitieren, wo es heißt:

„Nach Einschätzung einer Unterarbeitsgruppe der Koordinierungsrunde sind Politik, Gegenstände und Ziele unterschiedlicher Behörden oftmals nicht kompatibel zu gestalten.“

Die Säulenbausteine werden — um bei der Metapher des Koalitionsvertrages zu bleiben — also wild deponiert, oft genug verkehrt herum.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Sehen Sie!)

Die eine Behörde setzt ein Kapitell als Fundament, die nächste donnert den Basisstein obendrauf. Das sieht dann aus wie bei einem antiken Tempel nach einem Besuch von Obelix, und daran soll sich nichts ändern. Jede Behörde kümmert sich um ihre eigenen Säulen, putzt, hegt und pflegt sie, aber jede Säule trägt nur sich selbst und trägt nicht zu einem Ganzen etwas Sinnvolles bei.

Allerdings, etwas Neues habe ich dann auch in diesem Bereich wahrlich entdecken können. Ganz Hamburg wird jetzt zum Untersuchungsgebiet, denn der neue Senat will einen Kriterienkatalog für problematische Entwicklungen in den einzelnen Quartieren entwickeln. Sicher zur Freude aller Soziologen und anderen empirischen Sozialforscher, denn hier winken Aufträge in großer Zahl.

(Antje Blumenthal CDU: Ja, Arbeitsplätze!)

Aber all diese Untersuchungen, meine Damen und Herren, werden nicht das zutage fördern, was der ehemalige Bürgermeister Voscherau bei seinen Stadtteilbesuchen als für ihn überraschende Realität erlebt hat. Die Leute wollen Problemlösungen und nicht bloß Untersuchungen.

(Beifall bei der CDU — Dr. Martin Schmidt GAL: Weiterlesen!)

Dieser Senat will so weiter vor sich hintrotten wie bisher, nur auf einer besseren statistischen Basis.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Für Sie mache ich eine Lesestunde!)

So werden im Koalitionsvertrag detailliert — ich glaube, das sind allein vier Unterpunkte — Verwaltungsverfahrenswesen beschrieben zur Beschäftigung von Bezirksamtsleitern, hohen Beamten, Stadtteilmanagement, Projektentwicklern. Aber nach konkreten und effektiven Lösungsansätzen suchen Sie vergeblich. Ein Stadtentwicklungssenator — ich bedaure, daß er nicht da ist, sondern nur sein Vorgänger —,

(Dr. Martin Schmidt GAL: Der ist schon tätig!)

der darauf wartet, daß ihm Soziologen und Beamte erklären, welche Entwicklungen in welchen Stadtteilen stattfinden, der sollte immer das Schicksal seiner Vorgängerin in diesem Amte vor Augen haben. Die ist nämlich gescheitert. Sie brauchen nicht erst auf Statistiken zu warten, denn eine höchst aussagekräftige Statistik haben wir doch. Schauen Sie sich die Wahlergebnisse vom September an. Dann wissen Sie, wo sich Unzufriedenheit und Protest konzentrieren. Entwickeln Sie Konzepte für diese Stadtteile. Ob es nun Wilhelmsburg oder Billstedt oder Neuwiedenthal ist, um nur diese drei Beispiele zu nennen.

(Beifall bei der CDU — Dr. Martin Schmidt GAL: Deswegen ist St. Pauli nicht dran!)

Ich greife die Anregung von Herrn Dr. Schmidt auf. St. Pauli gehört hier ebenfalls mit hinein. Aber es soll tatsächlich noch etwas im Bereich Stadtentwicklung passieren. Als

(Bernd Reinert CDU)

A erstes ist da der Verzicht auf Neugraben-Fischbek 15 zu nennen.

(Zuruf von Heike Sudmann GAL)

Manchmal, Frau Sudmann, ist es halt besser, etwas nicht zu tun. Insofern begrüßen wir diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung.

(Beifall bei der CDU)

Aber ganz offen gesagt, Herr Wachtelkönig oder wer auch immer, es gibt nur eine vierjährige Schonfrist für den Wachtelkönig. Anschließend kann weitergebaut werden. Es ist nicht vereinbart worden, diesen Bebauungsplan in einer Weise zu ändern, daß er naturverträglich und sozialverträglich geworden wäre, daß er zur Stärkung des Bezirks Harburgs und gerade dieser Gegend hätte dienen können. Sie haben einfach nur verzichtet.

(Antje Blumenthal CDU: Vertagt!)

In dem schlimmsten Teil von Neugraben-Fischbek 15 sind mittlerweile 305 Wohnungen genehmigt. Da besteht ein Bebauungsanspruch. Gucken Sie sich die Antwort auf meine Anfrage an. Wir beurteilen Sie dieses? Was wird aus dieser Baugenehmigung?

Nehmen wir ein anderes Beispiel. Allermöhe II wird wie geplant zu Ende geführt. Das ist nun wirklich Unbelehrbarkeit in höchster Vollendung. Dieser Stadtteil ist mit seinem sehr hohen Anteil an Sozialwohnungen im ersten Förderweg und der Belegungspraxis von Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsämtern mit seiner unausgewogenen Bewohnerstruktur schon längst ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Aber der Senat und die ihn tragenden Fraktionen sagen, daran halten wir fest, das

B machen wir weiter.

(Dr. Roland Salchow CDU: Weiter so!)

Jetzt wäre doch die Chance da gewesen, eine Umplanung vorzunehmen, den Eigentumsanteil zu erhöhen, den Stadtteil zur Ruhe kommen zu lassen. Aber nichts da. Es geht weiter im alten Trott, und auch, wenn die Richtung falsch ist, es wird weitermarschiert.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso weitermarschiert wird in puncto Mietrecht und Wohnungsbauförderung. Sie könnten sich das Fehlbelegungsproblem für die Zukunft vom Halse schaffen, wenn Sie zu der Subjektförderung übergängen, wenn nicht mehr die Baugesellschaft, sondern der bedürftige Mieter die Förderung direkt bekäme. Aber, weil der Vorschlag aus Bonn kommt, muß der Ihrer Meinung nach falsch sein.

(Wolfgang Franz SPD: Von der Wahrscheinlichkeit ja!)

Dann wird es eben, Herr Franz, gar nicht mehr genau angeguckt, ob das vielleicht etwas Sinnvolles wäre, ob man da vielleicht auch eine zusätzliche Refinanzierung von Baumaßnahmen in Hamburg erreichen könnte.

Auch wollen Sie grundsätzlich — so steht es dort — den Verkauf von Wohnungen der SAGA und der GWG nicht zulassen, obwohl Sie bei Mieteraktien und Genossenschaftsmodellen — und wir haben reichlich Vorschläge unterbreitet — nicht nur den Mietern, sondern auch dem Hamburger Haushalt Gutes täten. Sie bleiben bei dem Modell Zwangsmieterschaft, statt unabhängiges Wohnen in den eigenen Wänden auch für Bürger mit kleinem Geldbeutel zu ermöglichen.

(Wolfgang Franz SPD: Das erzählen Sie mal in Ber- C
gedorf!)

Frau Sudmann, Sie lachen.

(Heike Sudmann GAL: Ja, ich lache über Sie!)

— Ja, das finde ich bezeichnend.

(Elisabeth Kiausch SPD: Bezaubernd!)

Es ist nett, daß Frau Sudmann lacht, aber sie sollte an dieser Stelle lieber weinen.

(Beifall bei der CDU)

Gucken Sie doch einmal in Ihre Koalitionsvereinbarungen hinein, was Sie an Eigentumsmaßnahmen im Wohnungsbau vorgesehen haben. 700 Stück pro Jahr.

(Susanne Uhl GAL: Das war schwer hinzubekommen! Wir wollten mehr!)

Das sind 20 Prozent der geförderten Eigentumsmaßnahmen. Im Klartext: Wer hier in Hamburg nicht zu den Reichen gehört, keinen Anspruch auf Förderung hat, aber trotzdem in den eigenen vier Wänden wohnen möchte, der wird durch diese Politik aktiv vertrieben, weil er hier nichts findet.

(Beifall bei der CDU)

Sind Sie sich darüber im klaren, daß jedes Jahr 10 000 Hamburger in das Umland abwandern, und der größte Teil, um jenseits unserer Landesgrenzen ein eigenes Häuschen zu bauen? Sind Sie sich darüber im klaren, daß Hamburgs Steuerkraft damit jährlich um 50 Millionen DM abnimmt und daß jeder, der auf diese Weise aus Hamburg vertrieben wird, zum potentiellen Pendler wird?

D

Sind Sie sich auch darüber im klaren, daß Sie mit dieser Politik des Ungleichgewichts genau die Strukturen schaffen, die Sie hinterher mit soziologischen Untersuchungen und viel Geld wieder sanieren wollen?

(Beifall bei der CDU — Ulf Lafferenz CDU: Bravo!)

Sie treiben hier ein großes Potential an Bürgerselbsthilfe, an Nachbarschaftsnetzen, aktiv aus Hamburg heraus, und was übrigbleibt, das sind die Problemfälle. Eine bessere Eigentumsförderung für breite Schichten der Bevölkerung, wie es das Bundesrecht als vorrangiges Ziel des sozialen Wohnungsbaus vorsieht, wäre das beste soziale Stadterneuerungsprogramm, das Sie durchführen könnten, aber das sucht man hier vergebens.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, ist die Aussprache über die Regierungserklärung hiermit abgeschlossen.

Ich rufe den Punkt 4 der Tagesordnung auf: Senatsmitteilung über Volksinitiativen.

**[Senatsmitteilung:
Feststellung des Senats über das Zustandekommen von Volksinitiativen**

hier: Volksinitiativen der „Initiative: Mehr Demokratie in Hamburg! Trägerkreis:

**1. Für Volksentscheide in Hamburg
2. Für Bürgerentscheide in Bezirken“
— Drucksache 16/32 —]**

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

A Von der SPD-Fraktion wird eine Überweisung an den Verfassungsausschuß beantragt.

Wer will die Vorlage überweisen? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf: Bericht des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben — Drucksache 16/40 —]**

Ich lasse zunächst über die Ausschlußempfehlungen zu den Eingaben 770/97, 778/97 und 806/97 abstimmen.

Wer will diesen folgen? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das war die Mehrheit.

Wer stimmt den übrigen Ausschlußempfehlungen zu? — C
Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das war einstimmig.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Ich habe die Ehre, die Sitzung hiermit für geschlossen zu erklären, und wünsche uns allen einen wohlverdienten Feierabend. Kommen Sie gut nach Hause.

Schluß: 20.21 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

B

D